

# **b** unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

## Die Entscheidung für die Zukunft



„Wenn Sie da runter fahren, kriegen Sie unheimlich Speed drauf!“

### Gentechnik

Die Gentechnik bleibt vom Acker, aber ihre Verfechter und die Industrie versuchen, sie doch durch Hintertüren von Gerichten und Parlamenten zu etablieren, Plädoyers zum Wachsambleiben im Kommentar und dem Schwerpunkt auf den **Seiten 2, 11-14**.

### Agrarpolitik

Greening, Milch, Gentechnik – es gibt viel zu tun für die Politiker in Berlin, Brüssel und anderswo. Dabei müssen sich einige nach den Wahlen erst einarbeiten, andere müssen fehlende Mehrheiten zur Kenntnis nehmen. Dazu die **Seiten 4, 5 und 7**.

### Tierhaltung

Mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung ist gesellschaftlicher Konsens – weniger Antibiotika von den Bürgern gefordert. In der Realität gibt es Schwierigkeiten, diesen Wunsch in konkrete Handlungsrahmen zu gießen, auf den **Seiten 6, 10 und 16**.

## Die Seite 3

Fluch und Segen für äärmere Länder ..... 3

## Agrarpolitik

Greening: Aigner geschwächt, Ciolos agiert. .... 4

Echte Neuwahlen? ..... 5

## Tierhaltung

Wie das kranke System heilen? ..... 5

Neuland ist Premium ..... 10

WIR werden die Welt ernähren ..... 10

## Milch

Milchbauern sollen abwarten ..... 7

## Bewegung

Renate Künast im Chiemgau ..... 8

Grundstücksverkehrsgesetz aktiv anwenden ..... 16

Schönfärberei industrieller Geflügelhaltung ..... 16

Dicke Luft im Stall ..... 17

Gefährliche Pestizide stoppen! ..... 19

## Schwerpunkt

Versteckte Verunreinigung statt Nulltoleranz ..... 11

Kaum noch Genfelder in Deutschland ..... 12

Sonderliche Argumente statt Schutz vor Genpollen ..... 13

Zucker ohne Gentechnik ..... 14

## Nachbau

Patent im Parlament ..... 15

Es geht auch anders ..... 15

## Weitere Themen

Zu Besuch bei Barbara Schilling und Jörn Mahnke, Seite 9;  
Landleben, Seite 19 und 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Ver-  
anstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

Auf den ersten Blick steckt die Agro-Gentechnik derzeit in Europa in der Krise, aber aufgepasst: Hinter den Kulissen wird kräftig weiter versucht, Pflöcke einzuschlagen, um sie durchzudrücken. Der Reihe nach: MON 810 hat in sechs europäischen Ländern ein Anbauverbot, seit 2009 auch in Deutschland. Das Prestigeprojekt der BASF, die gentechnisch veränderte (GV) Stärkekartoffel „Amflora“ ist gescheitert. BASF und danach auch die KWS Saat AG haben als führende Gentechnik-Konzerne in Deutschland Anfang diesen Jahres ihren Rückzug erklärt, weil sie hier und in Europa derzeit kein Marktpotenzial für ihre Gentechnik-Pflanzen sehen. Ernst gemeint oder strategisch gesetzt? Im April kündigte die BASF dann an, dass sie wieder Freisetzungsversuche machen will, auch in Deutschland. Aber wo? In den letzten Jahren haben sich die Freisetzungen zunehmend auf zwei Standorte konzentriert: Groß Lüsewitz bei Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) und der Innoplanta-Schaugarten in Üplingen (Sachsen-Anhalt). Das mecklenburger Agrobiotechnikum der Universität Rostock ist jüngst in die Schlagzeilen geraten: Steuerhinterziehung und Doppelförderung. Üplingen kündigt an, dass man nichts Neues zum Freisetzen zu bieten hätte. Und auch rechtlich kommen die Gentechnik-Befürworter nicht durch. Die höchsten deutschen Gerichte und auch der Europäische Gerichtshof haben mit ihren sehr beachteten Urteilen deutlich Position für den Verbraucherschutz und für die bäuerlichen Interessen bezogen.



## Kommentar

## Gentechnik kommt bei uns nicht durch!

Aber: Die EU-Kommission ist gentechnikfreundlich. Allerdings möchte sie nicht mehr als „Buhmann“ da stehen und Verantwortung für die durchgewunkenen

Zulassungen für Gentechnik-Pflanzen übernehmen. Deshalb hat EU-Gesundheitskommissar Dalli 2010 einen seichten Vorschlag für (mehr) nationale Verbotsmöglichkeiten des Gentechnikanbaus gemacht. Dieser ist mittlerweile vom Europäischen Parlament erheblich verbessert worden. Die dänische Ratspräsidentschaft versucht nun einen faulen Deal einzubringen und will Direktabsprachen mit der Gentechnikindustrie ermöglichen – ohne Transparenz und Mitsprachemöglichkeit derjenigen, die das Ganze irgendwann in ihrem Trog oder auf dem Teller haben. Interessant ist, dass Bundeslandwirtschafts- und Verbraucherministerin Ilse Aigner sich in Bayern immer für die Gentechnikfreiheit stark macht. In Brüssel lehnt die Bundesregierung jedoch die nationalen Verbotsmöglichkeiten ab. Diese Rückratlosigkeit ist unerträglich und gehört politisch abgestraft! Parallel dazu laufen sich die Zulassungsmühlen in der EU warm. MON 810 und weitere fünf Gentechnik-Maissorten könnten in naher Zukunft eine Anbauzulassung für Europa bekommen, wenn sich die Mitgliedsstaaten Europas nicht klar dagegen aussprechen und mit NEIN votieren. Neben ihrer Produktion von Insekten-Fraßgiften sind die meisten GV-Pflanzen auch gegen ein Totalherbizid resistent. Dieses System ist in Nord- und Südamerika gescheitert, die zunehmenden Unkrautresistenzen sind derzeit das größte Problem der amerikanischen Landwirte. Es gibt keinen Grund, diese GV-Pflanzen hier zuzulassen.

2011 ist die Nulltoleranz für nicht geprüfte und nicht zugelassene GVOs in Futtermitteln nach einer dreijährigen Lobbykampagne der Industrie gekippt worden. Damals wurde betont, dass die Aufweichung der Nulltoleranz bei Lebensmitteln nicht angepackt wird. Jetzt sieht die Lage anders aus. Nach jüngsten Ankündigungen der EU-Kommission fordert u. a. der Deutsche Bauernverband im Interesse der Agrarindustrie Ilse Aigner auf, sich für die Aufhebung der Nulltoleranz in Lebensmitteln einzusetzen. Damit würden die Wahlfreiheit der Bürger und das Vorsorgeprinzip unterlaufen. Und auch beim Saatgut wehren wir uns hartnäckig gegen die Bestrebungen der Industrie, GVO-Schwellenwerte einzuführen, auch hier müssen wir streng bleiben.

Wir in der gentechnikkritischen Bewegung sind immer gut damit gefahren, der Gentechnik-Industrie zu misstrauen. Erfolge sind kein Grund, hier nachlässig zu werden. Wir werden wie bisher der Gentechnikindustrie und ihren Helfern kräftig die Suppe versalzen. Denn wir haben das Recht, gentechnikfrei zu erzeugen: Beim Saatgut, beim Anbau und bei der Fütterung – Gentechnik kommt bei uns nicht durch!

Annamarie Volling

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft

## Impressum

**b** unabhängige  
bauernstimme

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
Claudia Schievelbein: 02381-492289  
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,  
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21,  
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung:  
KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel,**  
Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632;  
Postvertriebsstück 1 K 12858E



# Fluch und Segen für ärmere Länder

Hohe Weltmarktpreise können Krisen auslösen, aber auch bäuerliche Entwicklung fördern

Ein Blick auf den aktuellen FAO World Food Price Index zeigt, die Weltmarktpreise stehen wieder im Zenit. Für Lebensmittel lagen sie in den ersten vier Monaten 2012 sogar über denen von 2008. Eben das Jahr mit dem enormen Preishoch weltweit, das auch dadurch in Erinnerung geblieben ist, weil in ärmeren Ländern Ernährungskrisen ausgebrochen sind. Es bleibt abzuwarten, ob die Preise in den nächsten Jahren tatsächlich wieder auf ein für viele Produzenten schwieriges niedriges auf ein dauerhaftes ruinöses Niveau einsacken, wie etwa vor 2008.

## Preisschwankungen als Bedrohung

Letztlich stehen dem die weiter steigende Weltbevölkerung und die damit steigende Nachfrage nach Lebensmitteln, der hohe Bedarf an Agrartreibstoffen, der Klimawandel und die zu Recht viel gescholtene Spekulation entgegen. Somit ist langfristig mit einem höheren Preisniveau zu rechnen, als in den letzten Jahrzehnten. Gleichzeitig ist aber auch mit einer steigenden Volatilität zu rechnen, wie der starke Preiseinbruch 2009 gezeigt hat. Gerade diese recht plötzlichen, dennoch mit existenzzerstörerischen Preisstürzekurven nach unten, wie sie sich derzeit auch wieder am Milchmarkt abzeichnen, können für bäuerliche Betriebe schnell existenzbedrohend werden.

## Importe werden unbezahlbar

Für die afrikanischen Staaten bedeutet diese Entwicklung, sich auf eine neue Situation einzustellen. Sie müssen die eigenen Politikmodelle in der Landwirtschaft hinterfragen, denn die Hochpreissituation bietet Risiken und Chancen. Am Beispiel Senegal lassen sich die Probleme aufzeigen. Im Jahr 2000 importierte Senegal 232.000 Tonnen Weizen und Mehl für 34,5 Millionen Euro. 2008 waren es schon 373.000 Tonnen für den Preis von 166 Millionen Euro, bei weiter steigendem Importbedarf. Andere Produkte sind gar nicht erst eingerechnet. All diese Millionen Euro gehen dem Land und insbesondere den Bäuerinnen und Bauern verloren. Langfristig sind die hohen Importausgaben für Nahrungsmittel für den Senegal nicht zu finanzieren.

## Eigene Stärken erkennen

Die Bäuerinnen und Bauern sowie die Verbraucher stellen jetzt immer häufiger die Frage, warum Senegal so viel Weizen importiert, anstatt auf lokale Produkte zu setzen? Denn Weizen wächst dort kaum und gehörte früher

nicht zu den dortigen Grundnahrungsmitteln. Hier setzt langsam eine dringend notwendige Umorientierung ein. Die lokale Produktion wird wieder stärker geschätzt.

Gleiches gilt für Kamerun. Dort setzt sich eine Partnerorganisation des evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) dafür ein, dass dem Weißbrot, einem Erbe aus der Kolonialzeit, mehr Mehl aus lokalen Produkten wie Maniok, Mais und Hirse beigemischt wird, um den Importbedarf an Weizen zu reduzieren. Im vergangenen Jahr gab es in Kamerun sogar zum ersten Mal eine landwirtschaftliche Messe, auf der nur heimisch produzierte Produkte präsentiert werden durften. Importeure hatten keinen Zutritt.

## Keine Investitionssicherheit

All dies spricht für eine Stärkung der lokalen Grundnahrungsproduktion. Es hatte sich schon 2008 gezeigt, dass viele Bäuerinnen und Bauern bereit sind, wieder mehr für den lokalen Markt zu produzieren und zu investieren, wenn die Preise stimmen. Leider wurden sie bereits im Folgejahr von

den eigenen Markt auch zwingend notwendig, denn wie die Zahlen aus dem Senegal zeigen, ist es zu teuer geworden, Grundnahrungsmittel auf dem Weltmarkt zu kaufen. Hier liegt dann auch das größte Risiko für die Entwicklungsländer. Gelingt es in den nächsten Jahren nicht, die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten stark zu reduzieren, droht vielen von ihnen eine Verstärkung von Armut und Hunger.

## Regionale Ausrichtung

Eine große Gefahr besteht aber darin, dass eben wegen einer positiven Preisentwicklung auf schnelle und hohe Erträge versprechende Produktionsmethoden gesetzt wird. Diese energieintensiven Ansätze der Grünen Revolution für Afrika bieten für Afrika keinen Weg aus der Ernährungskrise. Denn der stark gestiegene und weiter steigende Ölpreis ziehen kontinuierlich an und werden wie auch schon in den letzten Jahren die Nahrungsmittelpreise beeinflussen bzw. verteuern und die Einnahmen der Produzenten reduzieren. Nur wenn frühzeitig auf agrarökologische Ansätze gebaut

gramme) viel stärker an den Erkenntnissen des Weltagrarberichts orientiert werden. Dies bedeutet vor allem, agrarökologische Anbaumethoden zu fördern, statt auf erdölbasierte Ansätze zu setzen. Gleichzeitig muss das sogenannte „Maputo Versprechen“, dem sich alle afrikanischen Staaten verpflichtet haben, umgesetzt werden. Das heißt, mindestens zehn Prozent des nationalen Budgets sind für landwirtschaftliche Belange auszugeben. Ganz wichtig ist es aber auch, die lokale Produktion dauerhaft vor Billigimporten zu schützen und dennoch einen ausgleichenden Umgang mit den zurzeit notwendigen Importen zu finden, so dass sie die lokale Produktion stimulieren und nicht wie bisher erdrücken.

## Europäische Verantwortung

Hier kommt auch die Reform der europäischen Agrarpolitik ins Spiel. Diese geht im Bereich „Greening“ erste zaghafte Schritte in die richtige Richtung. Eine Antwort auf die Peak-Oil Frage ist dennoch in den aktuellen Vorschlägen noch lange nicht ausreichend formuliert. Die internationale Verantwortung



Auf einem Lebensmittelmarkt im Senegal.

Foto: piu700/pixelio

den drastischen Preiseinbrüchen massiv bestraft. Hier haben sich u.a. die von den Spekulanten verursachten volatilen Preise als Gift für die Investitionen der Kleinbauern erwiesen. Letztlich machen die hohen Preise für viele Produzenten den Einstieg in die Produktion für die lokalen und regionalen Märkte erst wieder attraktiv. Hier liegt eine große Chance für eine Renaissance der afrikanischen Landwirtschaft. Gleichzeitig ist die stärkere Produktion für

wird und die lokalen Vermarktungs- und Lagerungsstrukturen gestärkt werden, kann sich die Ernährungssituation entspannen und Bäuerinnen und Bauern haben die Chance, von den hohen Preisen zu profitieren. Damit diese Chancen genutzt werden können, müssen dringend die politischen Rahmenbedingungen verändert werden. In Afrika muss das länderübergreifende Programm „CAADP“ (Comprehensive Africa Agriculture Development Pro-

ist in der GAP bisher noch sehr schwach verankert. Es wird weiter auf Exportorientierung gesetzt und die Ernährungskrise wird vornehmlich als Chance für mehr Exporte gesehen, denn als Herausforderung für mehr Kooperation und Verteilungsgerechtigkeit. Hier wartet noch viel politische Überzeugungsarbeit.

Stig Tanzman  
Agrarexperte beim Evangelischen  
Entwicklungsdienst (EED)

## Greening: Aigner geschwächt, Ciolos agiert

Aigners isoliert sich mit dem Vorschlag, das Greening zu kippen. EU-Kommissar Ciolos gewinnt mit leichten Korrekturen

### Minister warnt vor Monokulturen

„Die Sicherung einer ausreichenden Ernährung, sowohl der hiesigen als auch der weltweiten, geht nicht über Maximierung von Leistung und Ertrag. Der Umgang mit der Natur muss nachhaltig und unter Berücksichtigung der Umwelt- und Artenschutzaspekte erfolgen. Optimierung ist der Schlüssel.“ Das sagte Bayerns Minister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Marcel Huber, dem *Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt*, und weiter: „Zum Beispiel kann man sich fragen, ob fünf oder mehr Schnitte auf dem Grünland auf Dauer sinnvoll sind oder ob sie zwangsläufig zu monokulturähnlichen Verhältnissen mit unausgewogenem Nährstoffbedarf führen.“ *uj*

### Greening

Unter dem Schlagwort „Greening“ hatte die EU-Kommission bekanntlich vorgeschlagen, die Direktzahlungen nur noch dann voll auszahlungen, wenn vom Betrieb auf der Ackerfläche eine Mindestfruchtfolge eingehalten, das Dauergrünland erhalten und eine Fläche im Umfang von 7 Prozent der betrieblichen Ackerfläche als ökologische Vorrangfläche genutzt wird. Betriebe, die mindestens eine dieser Anforderungen nicht einhalten, sollen in dem Jahr mindestens 30 Prozent ihrer Direktzahlungen verlieren. Erfüllen sie die Anforderungen mehrere Jahre hintereinander nicht, verlieren sie weit mehr – so sieht es der Gesetzentwurf der EU-Kommission vor. *uj*

Es sollte wohl so etwas wie ein machtvoller Befreiungsschlag werden. Am 26. April trafen sich zeitgleich die deutschen Agrarministerinnen und -minister von Bund und Ländern zur Agrarministerkonferenz (AMK) in Konstanz – und die europäischen Minister in Brüssel zu einem EU-Agrarrat. Am Morgen präsentierte Bundesministerin Ilse Aigner per Pressemitteilung einen Vorschlag zum Greening, der eben dieses Greening letztlich zu Fall bringen sollte. Aigners Vorschlag lautet: Der Topf der gesamten Direktzahlungen, der einem Mitgliedstaat von der EU aus der ersten Säule zur Verfügung gestellt wird, wird um 10 Prozent gekürzt, um mit dem Geld freiwillige Agrarumweltmaßnahmen der zweiten Säule zu bezahlen (in diesem Fall voll aus Brüssel bezahlt, d.h. ohne nationale Kofinanzierungsanteile von Bund und Ländern). Die verbleibenden 90 Prozent der Direktzahlungen sollten wie bisher ohne jegliches Greening ausgezahlt werden. Diese 90 Prozent der Zahlungen wären also nicht an besondere gesellschaftliche Leistungen der Betriebe gebunden, wie die EU-Kommission es vorschlägt. Damit wäre eines der zentralen Projekte dieser EU-Agrarreform gestorben und der EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos politisch bis aufs Hemd blamiert. Es kam anders.

### Klatsche in Konstanz

Schon in Konstanz ging Aigner mit ihrem Vorpreschen gehörig baden. Nicht nur von SPD- und Grünen-Ministern, sondern auch von CDU-Kollegen erntete sie gehörig Kritik. Hauptvorwurf: Aigner hat die gemeinsame Beschlusslage von Bund und Ländern verlassen und aufgekündigt. Diese Beschlusslage zur Agrarreform war auf der Agrarministerkonferenzen im Herbst 2011 in Suhl errungen worden, mühsam genug, und mündete damals sogar in einem einstimmigen Bundesratsbeschluss. Nirgendwo steht in diesen Beschlüssen, dass der Greening-Ansatz der Kommission abgelehnt werde. Vielmehr steht da: „Direktzahlungen sollen noch stärker an konkrete Umweltleistungen geknüpft werden“. Es soll ein „ökologisches Anforderungsprofil für den Erhalt der Direktzahlungen zugrunde gelegt werden“, dass u.a. folgendes enthält:

auf dem Acker „mindestens drei Hauptkulturen, von denen keine überwiegen darf, (...), bzw. eine dreigliedrige Fruchtfolge im dreijährigen Rhythmus“,

Jeder Betrieb, dessen Fläche mindestens zur Hälfte Acker ist und der mehr als 15 Hektar Acker bewirtschaft, „sollte von seiner Ackerfläche einen angemessenen Anteil, orientiert am Kommissionsvorschlag, als ökologische Vorrangfläche bereitstellen“. Dabei nennt der Beschluss der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern eine Reihe von Flä-

chennutzungen vor, die als ökologische Vorrangflächen anerkannt werden sollen. „Die Umwandlung von Dauergrünlandflächen sollte vom Grundsatz her ausgeschlossen werden. Dabei ist der gegenwärtige Status als Bezugszeitpunkt zugrunde zu legen.“ Soweit der Beschluss von Suhl. In Konstanz ist er von den Agrarministerinnen und -ministern von Bund und Ländern nochmals ausdrücklich bestätigt worden. Die erste Schlappe für Aigner, und das auch noch unter Anwesenheit des Kabinettschefs von EU-Kommission Ciolos, Georg Häusler.

### Isoliert in Brüssel

Zwei Wochen später fährt Ilse Aigner nach Brüssel zum nächsten EU-Agrarministerrat. Wichtigster Punkt auf der Tagesordnung: Greening. Ungeachtet der Erfahrungen von Konstanz trägt sie auch hier – live übers Internet übertragen – wieder ihren Vorschlag einer neuen Modulation als Greening-Ersatz vor, wenn auch kürzer als auf ihrem Sprechzettel vorgesehen. Ob bewusst oder vielleicht auch nur vor Aufregung stellt sie ihrem Vorschlag sogar voraus, dass er auch mit den Bundesländern entwickelt worden sei. Aber auch das hilft ihr nicht: für ihre „Option A“, wie sie das nennt, erhält sie so gut wie keine nennenswerte Unterstützung im Rat. Auch in Brüssel hat sich die Bundesministerin damit isoliert.



Mit Schleppern über den See. Die Bauern haben die Bedeutung der Politik, der GAP und der Agrarministerkonferenz, wie hier in Konstanz, längst erkannt und machen auf ihre Bedürfnisse aufmerksam.

Foto: Möhrle

### Ciolos behält die Initiative

Es ist der EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos, auf den sich auf diesem EU-Agrarrat alle beziehen, und zwar durchweg mit Anerkennung. Ciolos hatte ein paar Tage vorher ein Arbeitspapier vorgelegt, in dem zum Greening leichte Korrekturen an den Gesetzesvorschlägen der Kommission angeboten

werden. Die wichtigsten sind:

Die Schwelle, aber der Betriebe auf ihrer Ackerfläche mindestens drei Früchte anbauen müssen (Anbaudiversifizierung), könnte von 3 ha Ackerfläche auf bis zu 10 ha Ackerfläche je Betrieb angehoben werden. Betriebe mit bis zu 50 ha Nutzfläche, von der zudem ein bedeutender oder überwiegender Anteil Grünland ist (hier Dauer- und Wechselgrünland), könnten ebenfalls von der Anbaudiversifizierung freigestellt werden. Als Dauergrünland könnte in Zukunft nur noch solches Grünland gelten, das nicht mehr fünf, sondern acht Jahre lang nicht Bestandteil der Ackerfruchtfolge war, d.h. nur solches Dauergrünland müsste auf Betriebsebene erhalten werden. Zudem schlägt Ciolos vor, dass die konkreten Greening-Anforderungen auch im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen und von Zertifizierungssystemen nachgewiesen werden können. Die Maßnahmen müssen dann aber die gesamten Betriebsflächen umfassen und noch über die entsprechenden Greening-Anforderungen hinausgehen.

### Greening-Ansatz bleibt

In seinem Papier stellt der Agrarkommissar heraus, dass die Greening-Anforderungen für alle Betriebe in der EU – außer den Kleinbetrieben – gelten müssen. Eine Menüliste, aus der sich jeder Mitgliedstaat solche

Anforderungen herauspickt, die ihm gerade passen, lehnt Ciolos ab. In Brüssel bezeichnete er diesen Menü-Ansatz als „Greenwashing“ und lehnt ihn ab. Eine solche Liste wird von 15 Mitgliedstaaten verfolgt, darunter auch Deutschland. Eine „Speise“ in dem Menü ist Aigners verbrannter Vorschlag. *uj*



## Echte Neuwahlen?

Mehrheiten haben sich geändert. Ändert sich auch die Agrarpolitik?

Die „Kraft-Wärme-Kopplung“ (so beschrieb die *tageszeitung* die Erfolgsformel der SPD in NRW) war es wohl, die schließlich auch Norbert Röttgens Endlagerung beschleunigte. In Nordrhein-Westfalen scheiterte er mit seiner Nichtbekenntnis zum Land, in dem „bedauerlicherweise die Wähler“ über die Regierung entscheiden. In Berlin hat sein Rauswurf mit Kraft-Wärme-Kopplung als Synonym für die Energiewende tatsächlich zu tun. Röttgen ist daran gescheitert, dass er es mit einem Thema in der CDU zu tun bekam, das dort keiner so recht wollte und will. Eigentlich möchte man industriefreundlich die Atomkonzerne weiter abschöpfen lassen, muss aber die Abstrafung durch die Gesellschaft fürchten. Hinzu kommt seine mangelnde Durchsetzungsfähigkeit, die ihn immer wieder einen ungläubwürdigen Zick-Zack-Kurs vertreten ließ. Dass eine Energiewendeförderung aber inzwischen auch eine Wirtschaftsförderung ist, machte das Veto des Bundesrates bei den drastischen Kürzungsplänen der Solarförderung deutlich. Offensichtlich ist das auch im windigen Schleswig-Holstein, das nun ebenfalls mit neuem politischen Personal die Energiewende vor Ort hinbekommen muss. Mittendrin sind dort einmal mehr Bauern und Bäuerinnen, mit Solaranlagen auf den Dächern, Biogasbehältern und Windrädern. Die zukünftigen Verantwortlichen für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung müs-

sen etliche Minenfelder, wie die zunehmende Vermaischung oder Auseinandersetzungen um Windparks, entschärfen.

### Frankreich auch

In NRW wählte das Land viel weniger schwarz als bei vergangenen Wahlen, das liegt allerdings nicht unbedingt an den Bäuerinnen und Bauern. Aber grundsätzlich scheint die Landbevölkerung das Vertrauen in schwarze Landwirtschaftspolitik zu verlieren. Diese steht für eine Industrialisierung und Rationalisierung in der Landwirtschaft. Das ist inzwischen ebenso wenig gesellschaftlich gewollt, wie Energie aus Atomkraft. Und das offensichtlich nicht nur bei uns, sondern auch in Frankreich. Der neue französische Staatspräsident Francois Hollande hat bereits angekündigt, Umweltschutz und Landwirtschaft stärker miteinander verbinden zu wollen, als das bislang geschehen ist. Und auch der Ausbau der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen, verbunden zumindest mit einer deutlichen Reduzierung des Atomstroms, steht auf seiner Agenda. Sein Landwirtschaftsminister Stephane Le Foll hat als ehemaliger Europapolitiker erst einmal die GAP im Blick. Unter welchem Blickwinkel, bleibt noch abzuwarten. Die Wähler jedenfalls wünschen sich einen bäuerlichen, daran werden sich die neuen Verantwortlichen in Paris, Düsseldorf, Kiel und Berlin messen lassen müssen, egal welcher Couleur. cs

Kurzes am Rande

### Ende der Kastenstände nur teilweise in Sicht

Das gesetzliche Ende einer ausschließlichen Haltung von Sauen in Kastenständen steht zum 1.1. 2013 in der EU auf der Agenda. Sehr unterschiedlich sind jedoch die Umsetzungsraten der Regelung in den einzelnen Mitgliedsstaaten bislang. Mindestens elf EU-Länder werden aller Voraussicht nach keine komplette Umstellung ihrer sauehaltenden Betriebe hinbekommen. Von den größeren Staaten sind es Italien, Polen und Spanien, die davon ausgehen, zum Ende des Jahres nicht gewährleisten zu können, dass die Sauen die meiste Zeit ihres Lebens in Gruppen gehalten werden. Deutschland und Frankreich sind zwar zuversichtlich, die Umstellung noch zu schaffen, bislang wird aber nicht einmal die Hälfte der hier lebenden Sauen so gehalten. In Holland und Dänemark sind es schon über 70 %, Großbritannien, Schweden und Luxemburg erfüllen bereits die Vorschrift, ab vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem voraussichtlichen Abferkeltermin Sauen in Gruppen zu halten. cs

### Agrarreform für Bauern und Bäuerinnen

In ihrem Positionspapier zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik stellt die Katholische Landvolkbewegung (KLB) den Menschen in den Mittelpunkt. Eine Stärkung der bäuerlichen „Humanressource“ durch Förderung und Beratung, aber auch durch die ausreichende Ausstattung der beiden Säulen mit finanziellen Mitteln müsse gewährleistet werden. Hinsichtlich des Greenings fordert die KLB eine stärkere Regionalisierung und Flexibilisierung der Fördermaßnahmen, verbunden mit einer unbürokratischen Umsetzbarkeit. Betriebsindividuelle Lösungen wie die Anlage und Pflege von Streuobstwiesen sowie Blühstreifen und -wiesen seien genauso anzurechnen wie die Einhaltung einer mindestens dreigliedrigen Fruchtfolge oder der Anbau von Eiweißpflanzen. Der Verzicht auf Gentechnik ist für die KLB die Grundlage einer nachhaltigen Landwirtschaft. cs

### Parkinson durch Pestizide in Frankreich

Frankreich hat offiziell einen Zusammenhang zwischen einer Parkinson-Erkrankung und der Anwendung von Pestiziden festgestellt und erkennt unter bestimmten Bedingungen – u. a. mindestens zehn Jahre Pestizide angewendet zu haben – Parkinson als Berufskrankheit an. Mehrere Studien legen diese Zusammenhänge seit Jahren nahe. Auch gibt es in Frankreich verschiedene gerichtliche Auseinandersetzungen um Gesundheitsbeeinträchtigungen bei Pestizidanwendern. So hatte vor ein paar Monaten gerade der Bauer Paul François einen Schadensersatzprozess gegen den US-Konzern Monsanto gewonnen (die *Bauernstimme* berichtete). François hatte ein Jahr lang erhebliche Gesundheitsprobleme neurologischer Art, nachdem er beim Öffnen seiner Spritze das Herbizid Lasso ins Gesicht bekommen hatte. cs

### Bauernverband vertritt Interessen einseitig

Der Bauernverband kämpft an unterschiedlichen Fronten für die Pächter landwirtschaftlicher Flächen in Ostdeutschland. Zum einen protestiert er gegen die kostenfreie Übertragung von BVVG-Flächen an Naturschutzvereine „ohne die Einbeziehung betroffener Landwirte“. Das vom Bund verpachtete Land diene vielfältigen Agrarbetrieben als Wirtschaftsgrundlage und dürfe nicht ungefragt und ohne Beratung mit dem derzeitigen Pächter „verschenkt“ werden, erklärte der Landesbauernverband Sachsen-Anhalt vergangene Woche in Magdeburg. Grundlage dafür sei die vor mehr als 20 Jahren im deutschen Einigungsvertrag getroffene Vereinbarung, dass bestimmte Flächen als nationales Naturerbe für Belange des Naturschutzes und die Bewahrung der Biodiversität erhalten werden sollten. Man wehre sich dagegen, dass die Bewirtschafter, die doch oft am Besten wüssten, wie „sinnvoller und nutzungsintegrierter Naturschutz“ zu leisten sei, nicht einbezogen würden. Auch bei seinem Ansinnen, eine Lockerung der Restriktionen beim Alteigentümergewerb zu erzielen, kämpft der Bauernverband für die derzeitigen Landpächter. Es stünden mittlerweile in vielen Fällen originäre Alteigentumsflächen infolge der bereits vollzogenen Privatisierung von BVVG-Flächen für einen begünstigten Erwerb nicht mehr zur Verfügung. Gleichzeitig gebe es nicht wenige landwirtschaftliche Betriebe, die nach Realisierung eigener Ansprüche noch über weitere BVVG-Pachtflächen verfügten und im Interesse der Stabilität ihrer Betriebe an der weiteren Sicherung der Bewirtschaftungsmöglichkeit dieser Flächen ein großes Interesse hätten. Wichtig zu wissen ist, dass das Klientel, für das der Bauernverband hier so vehement eintritt, meist die Rechtsnachfolger der ehemaligen LPG-Betriebe sind. Erneut will der Verband ihnen Wettbewerbsvorteile verschaffen. cs



Politiker erinnert Euch an die Signale.

Foto: Nürnberger

# Wie das kranke System heilen?

Der Medikamenteneinsatz in der Tierhaltung muss vom Tier aus gedacht werden

## Antibiotika nicht für Hochleistung

Bayerns Minister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Marcel Huber, schlägt vor, zur Reduzierung des Antibiotika-Verbrauchs in der Nutztierhaltung über Haltungsbedingungen und ein Absenken der Leistungen nachzudenken. Im Interview mit dem *Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt* sagte er: „Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, inklusive einer Betrachtung der Haltungsbedingungen.“

Da kann es auch eine Alternative sein, die Produktionsintensität zu reduzieren (zum Beispiel weniger Masthähnchen je Quadratmeter Stallfläche).“ Medikamente müssten dem tatsächlichen Bedarfsfall vorbehalten bleiben, so der Minister, der von der Ausbildung ein promovierter Tierarzt ist. *uj*

## Antibiotika-Festnahme

Der holländische Zoll hat laut Infodienst Agriholland einen Viehhalter festgenommen, der 20 kg Antibiotika einführen wollte, die in Deutschland aber nicht in den Niederlanden zugelassen sind. *pm*

Der Vorwurf des massiven Antibiotika-Missbrauchs in der Tierhaltung steht im Raum. Um im öffentlichen Ansehen nicht zu Steigbügelhaltern der Massentierhaltung zu werden, müssten Tierärzte sich eigentlich bewegen. Die zentrale Interessensvertretung der Tierärzteschaft, die Bundestierärztekammer, tut das, wenn überhaupt, nur vorsichtig, wenn sie die Debatte nur mit „einzelnen schwarzen Schafen“ kommentiert. Bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten hält man sich derzeit zurück, Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigners unkonkrete Minimierungsforderungen werden genauso unkonkret begrüßt. Lediglich der Bundesverband der beamteten Tierärzte, in dem alle die

denn daraus resultierende Überprüfungen oder Sanktionierungen statt.

### Was tun?

Mit der Auswertung ließen sich die Missstände des Antibiotikaeinsatzes nachweisen. Damit ist aber noch nicht die Frage beantwortet, wie man dem beikommt. Freunde scharfer Schnitte forderten nach dem Bekanntwerden jener Studien aus NRW und Niedersachsen, die einen massenhaften Einsatz von Medikamenten in der vermeintlich modernen Geflügelproduktion aufzeigten, die Abschaffung des Dispensierrechts für Tierärzte. Dieses 150 Jahre alte Privileg erlaubt den Tierärzten die Führung einer Hausapotheke und – an-



Ausmisten ist angesagt.

Foto: youdid/pixelio

organisiert sind, die im öffentlichen Dienst arbeiten, lehnt sich etwas weiter aus dem Fenster. Er fordert eine bessere Verwaltung der sowieso von jedem Tierarzt bei jeder Behandlung erhobenen Daten, die dann in ein Ampelsystem münden sollen. Auffällige, weil viel Arznei verwendende Ärzte wie auch landwirtschaftliche Betriebe sollen zunächst einen gelben Vermerk im System und bei Nichtregulierung der Missstände einen roten und damit behördliche Überprüfungen auferlegt bekommen. Anita Idel als Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft kritische Tiermedizin begrüßt diesen Vorstoß. Sie sieht die Notwendigkeit, Transparenz in ein bislang undurchsichtiges Dokumentationssystem zu bringen. „Die Daten werden alle erhoben, wann, welches Tier wieviel warum bekommt“, so Idel, „aber die behandelnden Tierärzte hantieren mit Papier und die behördlichen Kontrollen beschränken sich später darauf zu überprüfen, ob die Formulare vollständig ausgefüllt sind.“ Es finde bislang keinerlei Zusammenfassung und Auswertung der Daten, geschweige

ders als im Humanbereich – den Verkauf von Medikamenten. Kurioserweise wurden zwei Petitionen in den Bundestag eingebracht und werden dort bearbeitet – eine für den Erhalt und eine für die Abschaffung des Rechts. „Mit Medikamenten wird Geld verdient“, konstatiert Elke Mayr, Tierärztin in Schleswig-Holstein. In ihren Augen sind es nicht nur wenige schwarze Schafe, die mangelnde Tierbetreuung und -behandlung mit der Abgabe von Medikamenten an die jeweiligen Tierhalter kompensieren und damit den besseren Schnitt machen. „Für ein krankes Schwein steht doch heute nachts keiner mehr auf“, so Mayr, das habe auch damit zu tun, dass der Bauer das auch immer weniger anfordere, weil es sich für ihn nicht rechnet. Darin sieht sie ein viel größeres Übel, zu der die tierärztlichen Berufsverbände betreten schwiegen und das mit der Abschaffung des Dispensierrechts nicht behoben werde. Das Argument, wenn die Tierärzte keine Antibiotika mehr verkaufen dürften, verordneten sie weniger, macht die Tiere nicht gesünder. Eine Strukturentwicklung hin zu größeren Praxen, die es sich

leisten können, einen eigenen Apotheker zu beschäftigen, und dann kaum ihre Versorgungspraxis änderten, wäre eine Folge. Eine andere, dass Bauern und Bäuerinnen nachts und am Wochenende die vielleicht nicht ganz nahe notdiensthabende Apotheke unter Umständen dann eben nicht anfahren, um das benötigte Medikament zu besorgen, weil es sich nicht rechnet. „Das heißt für die Kuh doch: Nur wer ganz wertvoll ist bzw. noch jung wird behandelt. Am Ende sind wir also doch wieder bei Leid und Schmerz, der nicht behoben wird bzw. der zum ‚Produktionsaus‘ führt“, mutmaßt auch Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin aus Schleswig-Holstein. Als Beispiel der Dispensierrechtsgegner gilt Dänemark. Dort wurde es 1995 abgeschafft. Der Verbrauch an Antibiotika ist niedriger als in Deutschland. Daran änderte sich aber nach 1995 auch nicht viel. Die Tierärzte müssen häufiger auf die Höfe, damit die Bauern und Bäuerinnen die Legitimation er- und behalten, ihre Tiere mit Medikamenten nach der Erstbehandlung durch den Tierarzt weiter zu behandeln. Das mag in manchen Fällen sinnvoll sein, in manchen nicht, auf alle Fälle kostet es die Bauern und Bäuerinnen mehr Geld.

### Vernünftig halten

Große Tierzahlen, wenig betreuende Menschen mit wenig Geld – ein adäquater Umgang mit dem Mitgeschöpf sei heutzutage auch bei uns nicht mehr finanzierbar, so lautet Elke Mayrs bittere Erkenntnis aus fortschreitender Industrialisierung in der Landwirtschaft. Tierärzte würden sich klaglos von der heilenden Hälfte ihres Berufs verabschieden. Auch Anita Idel erinnert sich daran, schon vor zehn Jahren propagiert zu haben, als Tierärztin nicht der verlängerte Arm der Fleischindustrie sein zu wollen. Ein hoher Antibiotika-Verbrauch ist nur das Symptom einer kranken Entwicklung und deshalb nicht durch sein Verbot zu beheben. Zwar macht es Sinn wie der BUND beispielsweise Minimierungskonzepte mit konkreten Angaben (Halbierung bis 2015) zu diskutieren oder die Abschaffung der Mengenrabatte der Pharmaindustrie. Aber statt der Bundeslandwirtschaftsministerin drängt der AbL-Bauer und grüne Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff mit seinem Antrag im Bundestag darauf, endlich das Übel an der Wurzel zu packen und die Haltungsbedingungen der Nutztiere zu verbessern, ihnen mehr Platz zu verschaffen und eine artgemäße Umgebung. Das Neuland-Programm für artgerechte Tierhaltung macht es vor, als einziges Programm auch in der strukturellen Frage. Das Rad muss eigentlich nicht neu erfunden werden. *cs*



# Milchbauern sollen abwarten

Agrarminister fordern Prüfung von Instrumenten zur Steuerung des Marktes

Obwohl der Einbruch der Milchpreise sich schon im vergangenen Herbst auf dem Weltmarkt ankündigte, zeigen sich viele Funktionäre und Politiker überrascht. Im eigenen Sinne positiv genutzt hat die Situation der Discounter Aldi. Er hatte in seinen Verhandlungen um die Trinkmilchpreise Anfang diesen Monats gegenüber den Molkereien Abschlüsse von 4 Cent und mehr durchsetzen können. Während die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner den für die Erzeuger ruinösen Preiskampf einiger Unternehmen kritisiert und ansonsten die vorzügliche Qualität und den hervorragenden Ruf deutscher Produkte, in diesem Fall wohl besonders der Milch, auf dem Weltmarkt preist, sieht der grüne Landwirtschaftsminister aus Nordrhein-Westfalen Rammel die Notwendigkeit, über neue Instrumente nachzudenken. Er greift die vom Bundesverband deutscher Milchviehhalter seit Jahren aufgestellte Forderung auf, wenn er anregt, man solle über eine am Bedarf orientierte Milcherzeugung nachdenken.

## Schwimmende Kühe

Genau passend, um auf die Bedürfnisse der Milchbauern aufmerksam zu machen, war die Agrarministerkonferenz in Konstanz am Bodensee Ende April. Vor allem der BDM nutzte diesen Termin, um seine Positionen vorzutragen. Mit vielfältigen Aktionen verdeutlichten die Milchbauern, dass sie von den Agrarministern klare Aussagen zur zukünftigen Ausgestaltung des Milchmarktes erwarten. Ihre zentrale Forderung war, die Quotenerhöhung von 1 Prozent in der nationalen Reserve zu belassen und die Voraussetzungen für die Einschränkung der Saldierung von Über- und Unterlieferung zu schaffen. Weiterhin sollte der von der EU-Kommission ins Gespräch gebrachte Vorschlag eines freiwilligen Lieferverzichts gegen Entschädigung weiter verfolgt werden. Positiv aufgegriffen wurde die Forderung der Milchbauern von den Landwirtschaftsministern Bonde, Baden-Württemberg; Höfken, Rheinland-Pfalz; Rammel, Nordrhein-Westfalen und Backhaus, Mecklenburg-Vorpommern. Die vier Minister hatten auf der Agrarministerkonferenz einen Einbehalt der einprozentigen Quotenerhöhung sowie eine Einschränkung der Saldierungsmöglichkeiten gefor-

dert. Der bayerische Landwirtschaftsminister Brunner verlangte, auch zukünftig die Instrumente der Intervention und der privaten Lagerhaltung beizubehalten. Die ganze Hilflosigkeit, vielleicht aber auch die eigene Ignoranz gegenüber der Situation am Milchmarkt und der betroffenen Bauern drückte Staatssekretär Rabius aus, indem er feststellte, die AMK habe sich zwar für eine konsequente Fortschreibung der Milchmarktpolitik, aber gegen neue staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen ausgesprochen. Es bestehe kein Grund, von einer erneuten Krise zu sprechen, auch wenn die Preise in einigen Segmenten zuletzt nachgegeben hätten.

## Alles unter Kontrolle

Von einer Krise nichts wissen möchte auch Gerd Müller, Staatssekretär im BMVEL. Der derzeitige Preisverfall, so der Staatssekretär, habe sich bereits im Herbst angekündigt. Derzeit lägen EU weit Anträge für 50.000 Tonnen Butter, 71 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, für die private Lagerhaltung zur Marktentlastung vor. Im übrigen solle man den bis Ende des Jahres von der EU-Kommission zu erstellenden Bericht zur zukünftigen Entwicklung des Milchmarktes abwarten. Dieser werde eventuell Vorschläge beinhalten. Deutliche Kritik an dieser Position übte Friedrich Ostendorf, agrarpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion. Es sei ein verheerendes Signal, wenn Müller auf die Intervention verwies. Dieses setzt erst ein, wenn der Preis auf 22 Cent gesunken sei. „Die Botschaft der Regierung heißt also: Lasst den Preis von derzeit noch etwa 30 Cent noch weiter abstürzen.“ *mn*



Auch mit schwimmenden Faironikas machte der BDM auf das Milchpreisdebakel aufmerksam. Foto: Möhrle

Kurzes am Rande

## Weide spart Wasser

Forscher der technischen Universität Berlin haben den Wasserverbrauch in der Milchproduktion berechnet. Die Wissenschaftler haben hierfür den Wasserbedarf berechnet, der für das Futter, das Tränken der Tiere und die Milchproduktion verbraucht wird. „Wenn der Bauer sein Vieh im Stall mit Mais, Luzernen, Sojabohnen und anderen Futtermitteln versorgt, die zum Großteil aus Nord- und Südamerika importiert werden, statt es auf der Weide zu halten, können sogar leicht 400 l Wasser pro Liter Milch zusammenkommen“, erklärten die verantwortlichen Wissenschaftler. Der Wasserkreislauf sei global betrachtet zwar immer geschlossen, das heißt, Wasser geht nie verloren. Lokal betrachtet ergeben sich durch Im- und Exporte beispielsweise von Futtermitteln aber große Unterschiede. Wenn man diese Besonderheiten berücksichtigt, braucht man für einen Liter Milch aus Mais, Soja usw. 16-mal mehr Wasser als für Weideviehmilch und 50-mal mehr als für Milch von Almvieh. *mn*

## Arla will MUH

„Eine europäische Genossenschaft“ wolle man werden, so lässt sich ein Sprecher des dänischen Molkereiunternehmens Arla Foods Amba zitieren. Die dänische Genossenschaft, die bereits jährlich 9,2 Milliarden Kilogramm Milch von 8.000 Mitgliedern in Dänemark, Schweden und Deutschland verarbeitet und 2011 einen Umsatz von umgerechnet rund 7,4 Mrd. Euro erzielte, ist auf Expansionskurs. Jetzt im Juni sollen die Mitglieder der Milchunion Hocheifel eG (MUH) auf ihrer Vertreterversammlung darüber abstimmen, ob sie eine Übernahme ihrer Molkerei durch die Arla wollen. Damit entstünde das drittgrößte Molkereiunternehmen in Deutschland. Die MUH gehört mit einer jährlich verarbeiteten Milchmenge von mehr als 1,3 Milliarden Kilogramm zu den größten H-Milch-Herstellern Europas. Über 2.600 Landwirte liefern täglich rund 3,5 Millionen Kilogramm Milch an, 2011 erreichte die MUH einen Umsatz in Höhe von rund 700 Mio. Euro. Nachdem Arla bereits im vergangenen Jahr die Hansa Molkerei in Norddeutschland und die Allgäuland Käsereien übernommen hatte, würde die MUH nun die Produktpalette erweitern und den Absatzmarkt Deutschland als einen der Kernmärkte stärken. Die MUH-Verantwortlichen werben bei den Genossen für die Zustimmung zur Fusion mit dem Argument der neu entstehenden Absatzmärkte und den bislang besseren Auszahlungspreisen bei Arla. Gleichzeitig mit dem Eifelunternehmen will Arla auch die britische Milk Link Molkerei übernehmen und damit in Großbritannien zum Branchengrößten werden. *cs*

## Schweizer Abkehr vom Soja schwierig

Während Greenpeace gerade erst wieder die extreme Expansion des Sojaeinsatzes in der Schweizer Tierhaltung in den letzten Jahren angeprangert hat und einen Ausstieg aus dem System der Sojafütterung in der Milchviehhaltung fordert, listet die Supermarktkette Migros eine entsprechend erzeugte und gelabelte Wiesenmilch mangels Nachfrage aus. Eine graslandbasierte, möglichst kraftfutterfreie Rindviehproduktion helfe der Umwelt und garantiere eine maßvolle echte Schweizer Qualitätsproduktion, heißt es in der Greenpeace-Mitteilung. Man brauche und wolle nicht die urwaldzerstörende Importsojaverfütterung, die in den letzten zwei Jahren um 20 % zugenommen hat. Das Projekt Wiesenmilch, das die Aussparung des Kraftfuttersojas aus der Kuhration nach einer mehrjährigen Übergangszeit vorsieht, sollte die Idee in die Praxis tragen. Nun kommt allerdings nach nur einem halben Jahr das Aus in den Migrossupermärkten, weil der Absatz zu gering war. Nur in den Kantonen Bern, Aargau und Solothurn bleibt die Wiesenmilch im Regal. Kritiker der Wiesenmilch sehen sie hauptsächlich als Marketinggag, der Migros mehr einbringt als den Bauern und zumindest zunächst keine große Kraftfutterreduktion beinhaltet. *cs*

## Ur-Kühe

Die Rinder in der heutigen Tierhaltung gehen auf einen Bestand von etwa 80 weiblichen Auerochsen zurück, die vor 10.500 Jahren im Iran lebten. Wissenschaftler um die Mainzer Anthropologin Bolongino fanden in Knochenresten wenig genetische Unterschiede zu heute. *pm*

## Bauernhöfe statt Agrarfabriken Niedersachsen

Innerhalb des bundesweiten „Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ hat sich nun auch in Niedersachsen ein Landes-Netzwerk gegründet. In Großenkneten bei Oldenburg beschlossen 100 Bürgerinitiativen und Verbände, darunter auch die AbL, eine noch engere Zusammenarbeit gegen agrarindustrielle Tierfabriken und für eine artgerechte, flächengebundene und antibiotikafreie Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen. In einem offenen Brief wird Niedersachsens Agrarminister aufgefordert, zu den detaillierten Forderungen des Netzwerks Stellung zu nehmen. *en*

## Bauernanwalt Chen

Die Verfolgung des aus seinem Hausarrest geflohenen chinesischen Menschenrechtlers Chen Guangyeng beruht unter anderem auf seinem Einsatz für chinesische Bauern. Der blinde Chen, der sich selbst juristisch bildete, setzte sich laut *WELT* als „Barfuß-Anwalt der Bauern“ seit 20 Jahren gegen Landenteignungen und Zwangssterilisationen von Bäuerinnen im Rahmen der Ein-Kind-Politik ein. Angesichts der Unsicherheit für sich und seine Familie setzte Chen seine Ausreise in die USA durch, wo er ein Jura-Studium beginnen will. *pm*

## Agrarfabriken-Baustop in Holland

Die holländische Provinz Groningen hat laut *Infodienst Agriholland* beschlossen, entsprechend den nationalen Vorgaben die Mega-Viehanlagen vorerst zu stoppen und entsprechende neue Anträge nicht zu bearbeiten. Dies bezieht sich auf den Antrag von Agrarstaatssekretär Bleker an die Provinzen und Gemeinden, vor den demnächst präsentierten Ergebnissen der staatlichen Gesundheitsuntersuchung keine solchen Baugenehmigungen mehr zu erteilen. Der nationale Gesundheitsrat wird im Herbst seine Beurteilungskriterien zur Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch verschiedene Keime aus den großen Intensivtierhaltung-Anlagen vorstellen, die Bleker in einem Gesetzesentwurf verankern will. *en*

## Kein Stern ohne Auslauf

Die holländische Tierschutz-Organisation Dierenbescherming, die das Tierwohl-Label „Beter Leven“ vergibt, will für die Marke „Gildehuhn“ der Geflügelschlachtereie Esbro und des Futtermittelkonzerns ForFarmers keinen „Tierwohl-Stern“ zulassen, weil ein Auslauf der Tiere nicht vorgesehen ist. *en*

## 10 Jahre Region aktiv

Vor 10 Jahren erhielt die AbL-Bayern die Nachricht über den Sieg der Region Chiemgau-Inn-Salzach beim Wettbewerb der Regionen aktiv. Mit Hilfe der durch das BMELV unter der damaligen Landwirtschaftsministerin Renate Künast bereitgestellten Fördermittel wurden im Förderzeitraum von fünf Jahren insgesamt 75 Projekte umgesetzt, von denen viele heute noch erfolgreich aktiv sind. Mit einem Symposium Mitte April in Burghausen wurde das Jubiläum gefeiert. Festrednerin war Renate Künast. Sie bescheinigte der Region, mit einem ungewöhnlich hohen Anteil an ehrenamtlichem Einsatz tragfähige „Modelle der Zukunft“ entwickelt zu haben, die ein Leitbild für die Agrarentwicklung seien. Prof. Dr. Alois Heißenhuber von der TU Weihenstephan betonte in seinem Vortrag die Bedeutung der Honorierung von Gemeinwohlleistungen in der anstehenden Agrarreform. *Andrea Eiter*

## Gegen McDonalds

Die niederländische Tierschutzorganisation Wakker Dier hat mit Radio-Spots die Unternehmen Danone, Struik Foods und McDonalds aufgefordert, kein Geflügelfleisch mehr aus Qualhaltung zu verwenden. Die Turbozucht und -mast schaffe Probleme bei Füßen, Skelett und Herz und führe zu hoher Sterblichkeit und Antibiotikaeinsatz. Die Unternehmen und der Handel müssten künftig Fleisch von Tieren langsamer wachsender Rassen verwenden, die mehr Platz und Auslauf erhalten. *pm*

Kurzes am Rande

# Renate Künast im Chiemgau

GAP nach 2013 – Chancen und Risiken für die bäuerliche Landwirtschaft

Gemeinsam mit dem Agrarbündnis Bayern, dem Verein Region aktiv e.V. und in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung hatten die AbL-Bayern und AbL-Chiemgau zu zwei Veranstaltungen geladen. Den Auftakt bildete ein gemeinsames Abendessen mit Renate Künast in Teising. Die Podiumsdiskussion am 19. April wurde mit einem Impuls-Referat von Renate Künast eingeleitet. Die EU-Agrarpolitik habe bisher so viele Fehlentwicklungen begünstigt, dass die Reformvorschläge von EU-Kommissar Ciolos noch nicht für eine Weichenstellung jenseits der Wachstumslandwirtschaft ausreichen. Die Greening-Maßnahmen müssen weiter greifen: Notwendig sind ein maximal 50-prozentiger Anteil für eine Fruchtart, eher mehr als sieben Prozent Ökovorrangflächen und ein rückwirkendes Grünlandumbruchverbot. Weil der Erhalt der Kulturlandschaft nur unter Einbeziehung des Faktors Arbeitskraft funktioniert, der Prozess der GAP aber schon weit fortgeschritten sei, sollte Ministerin Aigner in Brüssel einen Sonderweg für die BRD einfordern. Schließlich werden bei uns auch die Berufsgenossenschaftsbeiträge künftig auf Grundlage der Arbeitsleistung bemessen werden.

### Subventionierter Hunger

Marlies Olberz von FIAN forderte, endlich auch die Belange der Länder des Südens in die Agrarreform mit einzubeziehen – viel zu lange schon werden durch unsere Futtermittelimporte die dortigen Flächen für Nahrungsmittel verknappt. Die Intensivlandwirtschaft ernährt nicht die Welt, sondern produziert Hunger.

### Bäuerlich statt industriell

Das Modell der AbL-Bayern, in dem die Arbeitsleistung statt der reinen Flächenförderung deutlich stärker berücksichtigt wird,

stellte der erste Vorsitzende Josef Schmid vor. Er betonte, dass damit nicht die Arbeit an sich subventioniert werde, sondern diese als Indikator diene, ob es sich um einen bäuerlich oder industriell wirtschaftenden Betrieb handle. Kleine und mittlere Betrieben würde auf diese Weise deutlich mehr Geld erhalten als bisher. Mit der Beibehaltung der reinen Flächenprämie werden die Gelder direkt an den Verpächter weitergegeben.

Dass der Marktordnungssteil der Reform bisher nicht ausreichend diskutiert ist, obwohl darin die Weichen für die künftige Verteilung der Marktmacht gestellt werden, hob Romuald Schaber vom BDM hervor. Für die Öko-Vorrangflächen fordert er eine Anerkennung von Klee gras und Leguminosen anstelle einer Nutzungsstilllegung.

Marion Ruppenner vom BN Bayern forderte zur Stärkung der heimischen Eiweißversorgung, in der Fruchtfolge 20 Prozent Eiweißpflanzen fest zu schreiben und für Soja und Gensoja wieder Importzölle einzuführen. Bei den geforderten zehn Prozent Öko-Vorrangflächen, die keine Stilllegungsflächen sein müssen, könnten aus Sicht des BN Leguminosen anerkannt werden, wenn sie später geerntet werden.

### Ein weiter Bogen

In der Publikumsdiskussion, die den Bogen von der Agrarreform, der EEG-Novelle über die Gentechnik bis hin zur verlorenen Souveränität der Politik gegenüber den Weltfinanzmärkten spannte, definierte Josef Schmid auf Nachfrage den Begriff bäuerliche Landwirtschaft: Diese definiere sich im Grunde nicht über die Tier- und Flächenzahlen, sondern sei dann als bäuerlich zu bezeichnen, wenn die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital in bäuerlicher Hand seien.

*Andrea Eiter  
AbL-Bayern*



Vielseitiges Podium: (v.l.) Andreas Remmelberger, Edith Lirsch, Josef Schmid, Renate Künast, Marlies Olberz, Anne Franke, Marion Ruppenner, Romuald Schaber. Foto: ds/www.innsalzach24.de.



**Betriebsspiegel:**

Milchhof Manke  
Milchviehbetrieb bei Verden  
165 ha LN  
90 Milchkühe + weibliche Nachzucht  
20 Hühner und 38 Schweine,  
viele Katzen

Mein Name ist Jörn und ich studiere Landwirtschaft an der Hochschule Osnabrück. Auf unserem Milchviehbetrieb in der Nähe von Verden bewirtschaftet mein Vater mit zwei Azubis und zwei Altenteilern unsere Flächen und die Milchkühe mit der weiblichen Nachzucht. Leider musste mein Vater im September 2011 eine schwerwiegende Knie-OP über sich ergehen lassen und ist bis heute noch nicht wieder voll belastbar. Aus diesem Grund setzte ich das Wintersemester aus, um zu Hause auszuhelfen. Da meine Freundin mit mir zusammen in Osnabrück

wohnt, wurde ich für ein gutes halbes Jahr zum Berufspendler. War ich vorher schon öfter nach Hause gefahren, um mal einen Tag zu melken oder anderweitig zu helfen, wurden in dieser Zeit die Regionalzüge der Deutschen Bahn zu meinem dritten Zuhause.

Schnell wurde mir klar, die Bahn hat einen Auftrag. Ich wusste nur nicht genau welchen. Man sollte annehmen, dass der primäre Auftrag der Bahn der sei, Menschen von A nach B zu befördern. In einigen Fällen entspricht das sicher auch der Wahrheit. Aber die Bahn hat auch andere Seiten. Sie ist zum Beispiel sehr kommunikativ. Wenn man freitags abends nach einem langen Tag von Verden nach Osnabrück fährt und von einer Gruppe 13 bis 16-Jähriger unfreiwillig (weil man nur zwei Reihen dahinter sitzt und nichts anderes frei ist) über deren sexuelle Vorlie-

ben informiert wird, ist das eine Wissenslücke, die gerne hätte offen bleiben dürfen. Als die Gruppe zehn Minuten später über die am Montag anstehende Mathearbeit sprach, musste ich leider feststellen, dass die Jungs deutlich mehr über Sex wussten als über Prozentrechnung und Dreisatz.

Auf einer anderen Fahrt muss Familientag oder Schülertag bei der Bahn gewesen sein. Meine Freundin hatte mich gerade zum Hauptbahnhof Osnabrück gefahren, wo ich mit dem Regional Express um 7:38 Richtung Bremen wollte. Schon im Bahnhof wurde mir bewusst, von den eingeplanten zwei Stunden Schlaf während der Zugfahrt musste ich Abstand nehmen und mir eine andere Beschäftigung suchen. Weil Lernen oder Lesen bei einer Geräuschbelastung im Zug von gefühlten 120 dB auch nicht den gewünschten Erfolg erzielt hätte, entschied ich mich für

Musik hören und Spiele auf dem Handy spielen. Das wiederum fanden die Kinder auch sehr interessant.

Desweiteren kann die Bahn durchaus auch als meinungsbildend angesehen werden. An die obligatorischen Verspätungen von 4 bis 15 Minuten auf Kurzstrecken und 10 bis 30 Minuten bei längeren Fahrten hat man sich ja schon fast angepasst. Wenn aber auf einem Sonntagabend auf dem Bremer Hauptbahnhof der letzte Regionalzug nach Osnabrück, bei einer regulären Fahrzeit von 74 Minuten, bei der Abfahrt schon 45 Minuten Verspätung hat und nach ca. 120 Minuten in Osnabrück nicht um 22:20 sondern um 23:50 ankommt, ist die Meinung der betroffenen Fahrgäste über die Deutsche Bahn relativ einheitlich.

Jedoch muss man in diesem Szenario auch die andere Seite bedenken. Die Bahn ist, man vergisst es oft, auch Arbeitgeber. Die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter haben das schwere Los, die aufgebrachte Meute zu beruhigen und bekommen die geballte Ladung Wut und Entrüstung zu spüren. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Probleme auf der Strecke oder mit dem Zug nur in sehr seltenen Fällen von dem Zugbegleitpersonal zu verantworten sind. Daher ist für Menschen, die diesen nervenaufreibenden und anstrengenden Job ausführen, ein gesundes Maß an Respekt und Freundlichkeit angebracht. Zuletzt möchte ich der Bahn für die schöne gemeinsame Zeit danken und hoffe, wir bleiben auch weiterhin Freunde. In diesem Sinne: Gute Fahrt.

Jörn-Wilken Manke

## Die Bahn und ich

Ich war in Konstanz dabei! Mein Papa hat mir das selbstgemalte Holzschild „Mir lond id lugg!“ („Wir lassen nicht locker!“) an den Schlepper geschraubt und meine Mama und meine Schwester sind mit dem Bus nach Konstanz zur Agrarministerkonferenz gekommen und haben mich angefeuert. Papas BDM-Kollegen fanden es eh klasse, dass ich als siebzehnjähriges Schulmädchen mitfahre, die ganze 250 km lange Strecke von Mittelfranken an den Bodensee, zusammen mit fünf weiteren Bauern aus ganz Franken. Eigentlich wollte ich bis jetzt nicht unbedingt Bäuerin werden. Meine drei Geschwister auch nicht, und unsere Eltern haben sich auch davor gedrückt, einfach einen von uns als Hofnachfolger zu bestimmen. Vielleicht hatten sie grad keine Zeit dazu, weil Milchkühe müssen auch am Wochenende gemolken werden und in ihrer „Freizeit“ sind sie (Mama und Papa) oft auf Versammlungen, Demonstrationen oder Kundgebungen unterwegs. So bin auch ich schon ganz schön in Deutschland herumgekommen, erst mit der Familie, später auch auf eigene Faust, um gegen Gentechnik, gegen Atomkraft oder für mehr Selbstbestimmung beim Milchpreis zu demonstrieren. Agrarpolitik kann ich also jetzt schon ganz gut, meine Kenntnisse in der Landwirtschaft beschränken sich auf das, was man als Bauernkind eben so machen muss – im Stall helfen, Steine vom Acker sammeln, an Wiesenrändern und aus Gräben das Heu rechen und als eindeutiger Aufstieg inzwischen eben auch Schlepper fahren. Drei Tage lang war ich mit dem Schlep-



## Vielleicht doch Bäuerin

perkonvoi unterwegs und habe viele andere Bauern und Bäuerinnen kennengelernt. Am ersten Abend haben wir auf einem Hof haltgemacht, ohne Vorkündigung, und durften dann dort übernachten, mit Bett und Frühstück. Das war toll.

Und dann das Zusammentreffen aller Schlepperfahrer an der Bodenseefähre und später in Konstanz, das war echt überwältigend. Alle diese Bauern und Bäuerinnen, die nicht daheim sitzen und abwarten, bis der Strukturwandel ihren Hof auch noch überflüssig macht, sondern sich aufmachen, sagen, was sie denken und vor allem auch Ideen haben, wie man es besser machen kann. Zum Beispiel könnten wir unsere Tiere mit dem füttern, was bei uns wächst,

und natürlich müssten wir dann für unser Fleisch und unsere Milch auch den Preis bekommen, den die Produkte wert sind. Kann schon sein, dass Nicht-Bauern dann auf eine Markenklamotte oder einen Wochenendtrip verzichten müssten, vor allem aber müssten die Supermarktketten auf ihre zugkräftigen Billigangebote verzichten, mit denen sie Kunden in ihre Läden locken. Dass sie einen Teil ihrer Gewinnspanne drangeben, glaube ich nicht – so naiv bin ich auch wieder nicht!

Wieder zu Hause angekommen, sehe ich unseren Hof mit neuen Augen. Ich möchte nicht, dass hier alles in ein paar Jahren aufhört, die Äcker unter den Nachbarn aufgeteilt werden. Dann werde ich lieber selber hier Bäuerin.

Meine Mama sagt, es gebe tausend Möglichkeiten, was man auf unserem Hof aufbauen könnte, ich müsse nicht alles so weitermachen wie bisher. Mein Papa sagt, er bräuchte heute eine Schlepperfahrerin, zum Getreidehacken. Auf geht's!

Barbara Schilling

**Betriebsspiegel:**

40 ha Acker /Qualitätsgetreide und Futterbau  
20 ha Grünland  
30 Milchkühe Fleckvieh und Gelbvieh mit Nachzucht  
10 Hühner, 2 Schafe, 1 Pferd  
Der Hof liegt in Franken an der Grenze zu Baden-Württemberg

## Neuland ist Premium

AgrarBündnis diskutiert Tierschutzlabel

Die Gesellschaft will mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung und sieht eine große Lücke klaffen zwischen dem gewünschten Soll-Zustand in der Landwirtschaft und dem aktuellen Ist-Zustand. Das ergibt eine aktuelle Emnid-Umfrage. In der *top agrar* erklärt Prof. Folkhard Isermeyer mit Blick auf die Agrarforschung: „Wir haben uns bisher zu wenig mit den Zielen der Nutztierhaltung auseinandergesetzt.“ Es ging um Leistungs- und Effizienzsteigerung. Der Tierschutz sowie die gesellschaftliche Akzeptanz agrarstruktureller Entwicklungen spielten keine Rolle. Jetzt will man mit Forschungsgeldern in Höhe von zunächst 15 bis 20 Millionen Euro pro Jahr „bezahlbare Lösungen für die Praxis“ entwickeln, um diesen Anforderungen gerecht zu

werden. Anforderungen, wie sie von dem Markenfleischprogramm NEULAND seit über 20 Jahren verfolgt werden. Dessen „Ziel war und ist, eine soziale, qualitätsorientierte, tiergerechte und umweltschonende Tierhaltung mit hoher Glaubwürdigkeit und Transparenz auf bäuerlichen Betrieben zu praktizieren“ ohne Gentechnik.

### Problematische Zweistufigkeit

Das zeigte sich auch auf der jüngsten Forumsveranstaltung des AgrarBündnis, dem auch die Neuland-Trägerverbände Deutscher Tierschutzbund (TSchB), BUND und AbL angehören. Diskussionsgegenstand war das vom TSchB initiierte Tierschutzlabel mit seinen zwei Stufen „Einstieg“ und „Premium“ (siehe dazu auch *Bauernstimme* 5/12). „Enorme Pro-

bleme“ mit der Zweistufigkeit sieht die Vertreterin des Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv), Jutta Jaksche. Bisher haben sie bei Anfragen zum Aspekt Tierschutz auf „Neuland und Bio“ verwiesen. Mit der Zweistufigkeit „müssen wir jetzt sagen, Tierschutz ist nicht gleich Tierschutz“. Das ist „sehr schwierig zu kommunizieren“ und eröffnet mit der Einstiegsstufe die Möglichkeit „mit relativ wenig Tierschutz eine Leistung vorzutauschen“. Von einem „grünen Anstrich“ für die Agro-Fleischindustrie spricht Heinz-Josef Thunke von Bioland und bezweifelt, dass die Fleischindustrie angesichts ihrer Exportstrategie die Premiumstufe tatsächlich anstrebt. Vorstellbar sei eine Einstiegsstufe als erster Schritt zu einer verbindlichen Umstellung nach beispielsweise drei oder fünf Jahren auf die Premi-

umstufe. „Wir können den Handel nicht zum Einstieg auf Premium zwingen“, entgegnet Thomas Schröder, Präsident des TSchB. Angesichts des geringen Marktanteils von Neuland- und Bio-Fleisch wolle man mit dem Tierschutzlabel „in die Breite“. Dabei soll die Einstiegsstufe deutlich über den geltenden gesetzlichen Anforderungen liegen und ein „deutliches Mehr an Tierschutz“ bringen. Man befinde sich aber noch „vielfach in der Diskussion“, sei für konstruktive Kritik offen und was am Ende dabei herauskomme, hänge auch von der gesellschaftlichen Diskussion und dem öffentlichen Druck ab. Ziel des TSchB sei natürlich die Premiumstufe. Und die „muss Neuland sein“, erklärt nachdrücklich der AbL-Vorsitzende Graefe zu Baringdorf.

Friedhelm Stodieck

## WIR werden die Welt ernähren!

Die Futtermittelindustrie trifft sich zum Gedankenaustausch

Wir müssen die Welt ernähren“ und „Fleisch ist ein Stück Lebenskraft“ sind nur eine kleine Auswahl der Sprüche vom 10. Futtermittelhandelstag auf der Burg Warberg, die aber die Ausrichtung der Tagung gut wiedergeben. Organisiert von dem DVT, Deutscher Verband Tierernährung; dem BVA, Bundesverband der Gewerblichen Agrarwirtschaft, und dem Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse, VdG, kamen über 140 VertreterInnen überwiegend aus der nachgelagerten Agrarindustrie ins beschauliche Warberg. Thematisiert wurde alles, was die Branche direkt und indirekt berührt. Die Entwicklung auf den globalen Agrarmärkten im Allgemeinen und die Auswirkungen der Energiewende im Besonderen, die „europäische Debatte“ rund um die Gentechnikfreiheit und die EU-Agrarreform mit dem Focus auf das Greening waren die wichtigsten Themen. Fehlen durfte natürlich nicht die Sicht eines Analysten der Norddeutschen Landesbank zum Thema „Raus aus dem Geld – Rein in die Rohstoffe?“ Dass dieser Programmpunkt nur eine logische Schlussfolgerung ist, braucht eigentlich nicht erwähnt zu werden. Irgendwo muss das verdiente Geld ja angelegt werden und dass die Futtermittelbranche in den letzten Jahren gut verdient hat, ist nicht erst seit Veröffentlichung der Zahlen der Rabobank bekannt (siehe *Bauernstimme* 3/12, S.4).

### Erfolgreiches 2011

Dementsprechend liest sich auch der Geschäftsbericht der Branche für das Rekordjahr 2011. Bei 23 Millionen Tonnen Futtermittel wurde ein Umsatz von 8,3

Milliarden Euro erzielt. In keinem anderen europäischen Land werden mehr Futtermittel hergestellt als in Deutschland. Und die Tendenz auf den Märkten zeigt preislich nach oben „Es riecht nach 2007/08“, so die Aussage eines Insiders. Zusätzlich kommt die Rohstoffverknappung durch die Nutzung von etwa 2 Millionen Hektar Ackerfläche für die Energieerzeugung allein für Deutschland, die „Befindlichkeiten bei der Gentechnik“ und die „romantischen Vorstellungen der europäischen Eiweißstrategie.“ Ludwig Striwe von Toepfer International, einem der Schwergewichte des nationalen wie internationalen Agrarhandels, zeigte die aktuellen Trends auf den Märkten für Getreide, Ölsaaten und Eiweißfuttermittel. Ob die Getreidepreise weiter auf so ho-

hem Niveau bleiben oder möglicherweise weiter steigen, hat zum Beispiel viel mit der US-Maisernte zu tun. Fällt diese hoch aus, werden die USA mehr Richtung China exportieren. Die Chinesen wiederum würden nicht soviel Weizen aus der Ukraine nachfragen, die wiederum dann vermehrt in die EU exportieren würden. Diese Entwicklung würde die Preise etwas dämpfen. Momentan geht das amerikanische Landwirtschaftsministerium, USDA, von einer Rekordernte bei Mais aus. Die andere Ungewissheit sind die Erträge in der EU, auch in Deutschland. Hier hat der strenge Winter dazu geführt, dass etwa zwölf Prozent Winterweizen und acht Prozent der Wintergerste erfroren sind. Wie sich die Neuansaat entwickeln, ist momentan schwierig einzuschät-

zen. Als Bauer, der in seiner Futterration auf Sojaschrot setzt, hat man momentan wenig zu lachen. Preise, die sich um die 40 Euro je Dezitonne bewegen, könnten in der nächsten Zeit zur Regel werden. Die momentane Hochpreisphase hat viel mit einer ausgeprägten Dürre in weiten Teilen Südamerikas zu tun. So betrug die aktuelle brasilianische Sojabohnenernte nur 65 Millionen Tonnen gegenüber 75 Millionen Tonnen im vorigen Jahr. Werden die optimistischen Schätzungen des USDA von einer Ernte von 78 Millionen Tonnen für 2013 in Brasilien auch in anderen wichtigen Sojaanbauländern nicht eintreten, wird man mit dauerhaft hohen Sojapreisen leben lernen müssen. Zumal die Nachfrage steigt.

### Alternativen, wieso?

Zeit also, sich intensiver Gedanken über Alternativen zu machen. Dies machte Ludwig Striwe, indem er das Greening der EU-Kommission mit den geplanten 7 Prozent ökologische Vorrangfläche lächerlich machte. Der EU würden so 0,8 Millionen Hektar Wintertrapsfläche und 3,9 Millionen Hektar Winterweizenfläche entzogen. Dies könne dazu führen, dass die EU keinen Weizen mehr in Länder wie Ägypten, Lybien oder Algerien exportieren könne, die darauf angewiesen sind, so Striwe. Möglicherweise könnte dies auch dazu führen, dass die EU nicht mehr soviel Geflügelfleisch exportieren könnte in Länder wie Kenia, um dort die lokalen Märkte zu zerstören. Ja, man steckt einfach nicht drin in diesen Abläufen, aber der Markt wird es regeln.

Christoph Dahlmann



Gegen die „romantische europäische Eiweißstrategie“ wettern aber romantisch bei Spanferkel und Bier auf der Burg Warberg plaudern - der Futtermittelhandelstag 2012. Foto: Dahlmann



Die Leiterin des Üplinger Schaugartens, lange Jahre Prestige- projekt der Gentechnikindustrie, mit dem der Dialog mit den Bürgern gepflegt werden sollte, Kerstin Schmidt, konstatiert das Scheitern der Gentechnik in Deutschland. Eigentlich könnte die Bewegung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft doch nun jubeln und die Hände in den Schoß legen. Oder doch nicht? Nein, nur weil die gesellschaftliche Akzeptanz für die Technologie nicht größer wird, heißt das noch lange nicht, dass ihre Verfechter sie aufgeben. Viel Geld haben sie schon hineingesteckt und wollen eines Tages auch viel Geld raus- holen. Diese Motivation lässt auch Durststrecken überstehen. Und der Lobbyapparat in Berlin und Brüssel läuft nach wie vor wie geschmiert. Um arbeitslose Gentechniker braucht man sich also keine Sorgen zu machen, das heißt aber auch, dass der Bewegung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft auch nicht die Arbeit ausgeht.



„Wenn Sie da runter fahren, kriegen Sie unheimlich Speed drauf!“

## Versteckte Verunreinigung statt Nulltoleranz

Nach dem Willen der EU-Kommission könnte es schon bald einen Toleranzschwellenwert für GVO in Lebensmitteln geben.

In den vergangenen Wochen und Monaten konnte der Eindruck entstehen, die Gentechnikbefürworter sowie die Gentechnikunternehmen wie Monsanto und BASF hätten ihren Kurs gewechselt und akzeptiert, dass in Europa ein Großteil der Bevölkerung Gentechnik im Essen und damit die Agrogentechnik ablehnt. Auch die Lebensmittelwirtschaft orientiert sich offenbar immer mehr an den Kaufinteressen der Verbraucher. Vor allem bei Milchprodukten steigt die Zahl der „Ohne Gentechnik“-Produkte kontinuierlich an. Vor allem aber ist in den Läden bis heute, mit Ausnahme des KaDeWe (siehe Kasten), kein einziges gekennzeichnetes Produkt zu finden. Die Selbstregulation „Was nicht gekauft wird bieten wir nicht an“ zwischen Handel und Verbraucher funktioniert offenbar.

### Verunreinigungen legalisieren

Das müsste nicht so bleiben, wenn sich bewahrt, was derzeit in Brüssel diskutiert wird. Voraussichtlich noch im Juni will die EU-Kommission einen Vorschlag für die Einführung eines Verunreinigungsschwellenwertes machen. Bis zu einer Grenze von 0,1 Prozent könnten dann gentechnische Verunreinigungen zulässig sein. Adäquat zu dem vor ca. einem Jahr eingeführten Schwellenwert bei Futtermitteln wür-

den damit insbesondere Verunreinigungen mit derzeit in der EU nicht zugelassenen Genkonstrukten legalisiert. Bislang, zitiert die *Financial Times Deutschland* einen Kommissionssprecher, gebe es noch keinen fertigen Entwurf, aber die Vorbereitungen dazu. Viele der Betroffenen zeigen sich vom Vorstoß der Kommission überrascht. Die Lebensmittelbranche hatte sich in den vergangenen Jahren auf die strengen Produktionsauflagen eingestellt und dem Wunsch der Verbraucher nach gentechnikfreien Lebensmitteln entsprochen. Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA im Europäischen Parlament bewertete das Vorgehen als Angriff auf die Verbraucher: „Eine Aufhebung der Nulltoleranz bei Lebensmitteln wäre ein Frontalangriff auf das Selbstbestimmungsrecht und die Wahlfreiheit der europäischen Verbraucher.“

### Kennzeichnung unterlaufen

Es ginge gar nicht darum, die Schleusen für die Gentechnik zu öffnen, dementiert der Geschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde Marcus Girnau auch schnell. „Es geht bei dem Toleranzwert um Rechtssicherheit im internationalen Handel.“ Rechtssicherheit gibt es allerdings schon jetzt. Wenn nicht zugelassene GVO gefunden werden, ist die

Ware nicht verkehrsfähig. Genau diese harte Linie könnte mit der neuen Regelung aufgeweicht werden. Für den internationalen Handel brächte es möglicherweise Vorteile, wenn zukünftig Verunreinigung bis zu einem Grenzwert von 0,1 Prozent nicht nur toleriert würde, sondern im Extremfall auch keiner Kennzeichnung bedürfte. Für den Verbraucher wäre dann nicht mehr zu unterscheiden, ob das gekaufte Le-

bensmittel GVO enthält oder nicht. Derzeit sind die Reaktionen aus der Lebensmittelbranche auf die Ankündigung noch zurückhaltend. Es bleibt abzuwarten, ob ein konkreter Vorschlag folgt. In jedem Fall muss man die Entwicklungen genau beobachten, denn es steht nicht weniger als die Zukunft einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion auf dem Spiel. *mn*

### Angebot um jeden Preis

Das noble Kaufhaus des Westen (KaDeWe) in Berlin ist einer der Shoppingtempel Europas, genannt in einem Atemzug mit Harrods in London. Neben dem exquisiten Ambiente und der schieren Größe ist es vor allem das besondere Angebot, das zu diesem Ruf führte. Jetzt haben Recherchen von Greenpeace ergeben, dass das KaDeWe wahrscheinlich der einzige Ort in Deutschland ist, an dem Produkte mit gentechnisch veränderten Zutaten angeboten werden. Das Angebot reicht von Blaubeer-Pancakes über Schokoladensauce bis zur Backmischung. In der Regel sind die gentechnisch veränderten Bestandteile in der Zutatenliste aufgeführt. In der Backmischung der Marke Betty Crocker allerdings fand Greenpeace gentechnisch verändertes Maismehl, ohne dass dieses deklariert war. Der Verkauf von nicht gekennzeichneten gentechnisch veränderten Lebensmitteln ist in Europa strafbar. In den USA ist es dagegen keine Seltenheit, dass gentechnisch veränderte Zutaten verarbeitet werden. Eine Kennzeichnungspflicht gibt es in den USA nicht. Importeure machen sich jedoch strafbar, wenn sie die Produkte für den europäischen Markt nicht ausreichend deklarieren. Während europäische Hersteller auf den Einsatz gentechnisch veränderter Zutaten verzichten, fallen vor allem importierte Produkte aus den USA immer wieder durch gentechnisch veränderte Bestandteile auf. *mn*

# Kaum noch Genfelder in Deutschland

Ein Bericht von den Äckern und eine vorsichtige Analyse

Sonntag, 13. Mai in Sagerheide: Teils erfreut, teils noch ungläubig standen TeilnehmerInnen des gentechnik-kritischen Spaziergangs am Rand der bisherigen Versuchsflächen des AgroBioTechnikums. Doch nirgends war ein Feld zu sehen. Die Fläche bleibt, zumindest 2012, genfeldfrei. Sie teilt das Schicksal mit weiteren bishe-

– und zwar gleich als Titelaufhänger. Aufgrund einer Landtagsanfrage der Grünen war nämlich bekannt geworden, dass die staatliche Bewachung der Genfelder über 100.000 Euro kostete. Der nächste Leitartikel folgte am 14. April: „Filz und Mauschelei in der Gentechnik?“. Darin wurde die Gentech-Firmenchefin Kerstin Schmidt

zerstörungen in Deutschland. ... Wenn sich die Rahmenbedingungen für die Erprobung und den Anbau gentechnisch optimierter Pflanzen in Europa nicht verbessern, wird sich die Wertschöpfung aus diesem Bereich ausschließlich außerhalb Europas weiter fortsetzen.“ (www.schaugarten-ueplingen.de. Die Gentechnik-Lobbyszene

schon 2011 ausgesäte, aber im Laufe des letzten Sommers zerstörte Feld mit der Roundup-Ready-Rübe H7-1. Es wurde von Monsanto angemeldet, die Pflanze ist ein Joint-Venture mit der KWS. Die Größe soll laut Standortregister wieder 5.000 qm betragen.

Die gesamte Entwicklung zeigt Mehre-res. Zum einen hat der massive Protest von öffentlichen Aktionen bis Feldbefreiungen gewirkt. Die Enthüllungen um die Seilschaften, Fördermittelbetrug und Verstöße gegen Sicherheitsauflagen bei den oft dubiosen (laut Verfassungsgericht als „rücksichtslos“ und „profitorientiert“ bezeichnbaren) Kleinfir-men und Bioparks hat deren öffentlichen Rückhalt geschmälert. Die großen Konzerne, die ihre Aktivitäten global verlagern können, haben ihre Kooperationen gekündigt. Sie ziehen in andere Länder (so sie ruhigere finden) oder versuchen es auf eigene Faust mit einzelnen Feldern. Gatersleben wird nach einigen Jahren Pause wieder von BASF genutzt werden, die dort mit SunGene eine Tochterfirma haben. Zwei Felder haben eine auffällige Nähe zu Bernburg, wo vom 19. bis 21. Juni auf den DLG-Feldtagen eine absurde Werbeschau für die Gentechnik stattfinden soll – unter Beteiligung aller Teile der Seilschaften. Behörden, Firmen, Unis und Lobbyisten werden gemeinsam werben und geben so ihren Versuch, wenigstens offiziell unabhängig voneinander zu wirken, nun auch selbst auf. Die Felder dienen dabei möglicherweise als Exkursionsziele von Bernburg aus.



Genetikfelder: In der Vergangenheit immer ein Treffpunkt von Kritikern.

Foto: Gendreck weg

rigen Feldstandorten. Dabei hatte das Jahr zunächst mit einer Lüge begonnen: BASF verbreitete, in Deutschland keine Felder mehr anlegen zu wollen, meldete dann aber doch zwei Felder an: In Baalberge und Gatersleben (beide Sachsen-Anhalt) mit der Sorte „Modena“, einem Nachfolger der Amflora. Dann meldete sich die KWS und verzichtete zunächst auf das hauseigene Versuchsfeld in Northeim. Bleiben sollte hingegen das Schau Feld in Üplingen. Doch auch das zerschlug sich.

## Aus und vorbei

AgroBioTechnikum und Schaugarten Üplingen bleiben 2012 dicht. Schon im Laufe des April kamen Zweifel hinsichtlich der Anlage östlich von Rostock auf. Kaum Vorbereitungsarbeiten waren zu sehen, das übliche Wachhäuschen fehlte und schließlich verschwand das Werbeschild am Ortseingang. Zudem gerieten Betreiberfirmen und ihre Geldgeber unter Beschuss. Was jahrelang schon von unabhängigen AktivistInnen recherchiert und in die Öffentlichkeit getragen wurde, erschien am 28. März in der regionalen Tagespresse

zitiert: „Die Grüne Gentechnik in MV ist tot.“ Am 25. April erschien ein weiterer Artikel über „Faule Tricks“ bei der Mittelvergabe durch Landesministerien. Am 5. Mai folgte ein Bericht über Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, der von dieser allerdings dementiert wurde.

Insider überraschte das Ende der Gentechnik am AgroBioTechnikum nicht. Die Firmengeflechte um Kerstin Schmidt und Inge Broer liebäugelten schon länger mit einem Umzug an ihren 2008 entstandenen, von Staat, LobbyistInnen und der bei der Jagd nach Geld skrupellosen Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) geförderten Schaugarten Üplingen (Börde). Deren Aus für 2012 kam daher überraschender, aber war deutlich und ab 9. Mai auf der Internetseite des Schaugartens zu lesen: „Der in den vergangenen Jahren von vielen Tausend interessierten Gästen besuchte Schaugarten mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Üplingen, Sachsen-Anhalt, wird in diesem Jahr nicht öffnen. Grund dafür sind die restriktiven politischen Rahmenbedingungen und kriminelle Feld-

jammerte und wählte Deutschland mal wieder am Abgrund.

## Was bleibt an Feldern für 2012?

So bleibt wenig. Neben den genannten BASF-Kartoffelfeldern war im Standortregister ein Pioneer-gv-Maisfeld für Üplingen eingereicht. Wenige Tage nach dem Aus für den Schaugarten wurde die Anmeldung aber zurückgezogen. Eingetragen ist weiterhin das

Jörg Bergstedt  
freier Journalist und Verfasser des  
Buchs: Monsanto auf Deutsch

Links zu Originalquellen und mehr Informationen auf [www.genteck-weg.de.vu](http://www.genteck-weg.de.vu).

## Neuzulassungen Stoppen!

Anfang Juni wird der EU-Umweltministerrat darüber diskutieren, wie er zukünftig mit dem aktuellen Vorschlag der Dänischen Ratspräsidentschaft zu möglichen Nationalen Anbauverböten umgeht. Unabhängig davon wurde von den Mitglieder der EU-Kommission bereits angekündigt, dass möglicherweise noch vor Ende dieses Jahres neue gentechnisch veränderte Pflanzen eine Anbauzulassung in der EU erhalten sollen. In einem gemeinsamen Papier wendet sich ein breites Bündnis aus Verbänden mit der nachdrücklichen Bitte an Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner sich gegen weitere Neuzulassungen auszusprechen. Die Hauptgründe die gegen eine Neuzulassung sprechen sind die ungenügenden Untersuchungen über den Einfluss herbizidresistenter Pflanzen auf den Pestizideinsatz, die negativen Auswirkungen für alle ohne Landwirtschaft wirtschaftenden Betriebe und Verarbeiter, die ungenügende Berücksichtigung der Schädigung von Nichtzielorganismen sowie dass die neuen EFSA Richtlinien zur Bewertung von Umweltrisiken noch nicht verabschiedet sind. *mn*



# Sonderliche Argumente statt Schutz vor Genpollen

Der bayrische Verwaltungsgerichtshof sieht sich nicht zuständig und verweist an den Gesetzgeber

N

och im Herbst schien die Sache eindeutig. Der Europäische Gerichtshof hatte geurteilt, dass Honig, der mit gentechnisch verändertem Pollen, der keine Lebensmittelzulassung hat, verunreinigt ist, nicht vermarktet werden darf. In einem weiteren Schritt sollte nun vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof festgestellt werden, dass der Eintrag von Pollen des Mais MON 810 eine wesentliche Beeinträchtigung von Imkereiprodukten darstellt. Klären wollten die klagenden Imker stellvertretend für ihre Kollegen auch, ob sie einen rechtsverbindlichen Anspruch auf Schutzmaßnahmen haben.

## Der Hintergrund

Die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) hatte in den Jahren 2003 bis 2008 westlich von Kaisheim auf Flächen des Versuchsgut Neuhof gentechnisch veränderten Mais der Sorte MON 810 angebaut. 2005 wurden Pollen dieses Mais im Honig des Imkers Karl Heinz Bablok gefunden. MON 810 ist in Europa zwar als Futtermittel zugelassen, hat aber bei Lebensmitteln nur eine begrenzte Zulassung auf einige Verarbeitungsprodukte wie Maisöl und Maisstärke. Vor diesem Hintergrund unterliegen die im Honig des betroffenen Imkers gefundenen gentechnisch veränderten Maispollen der Nulltoleranz, wie dies auch der Europäische Gerichtshof bestätigte. Der gesamte Honig war nicht verkehrsfähig und musste vernichtet werden, mehrere hundert Kilogramm landeten auf der Mülldeponie.

## Schützenswertes Gut: Honig

Auch wenn derzeit kein Mais angebaut werde, so die Begründung des Schutzanspruchs, sei es unsicher, ob sich der Freistaat Bayern an seine Aussage halte, vorerst keinen gentechnisch veränderten Mais mehr anzubauen. Auch bestünde eine Unsicherheit bezüglich der seit 2009 bestehenden Ruhensanordnung durch das Bundeslandwirtschaftsministerium, das bundesweit einen Anbau von MON 810 untersagt. In Frankreich war eine vergleichbare Ruhensanordnung von MON 810 durch den europäischen Gerichtshof für ungültig erklärt worden.

## Formale Untätigkeit

Während die Richter des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes die wesentliche Beeinträchtigung von Imkereiprodukten durch den Eintrag von MON 810 Pollen rechtskräftig feststellten, wiesen sie einen vorbeugenden Schutz-

anspruch zurück. Ganz formal wird argumentiert, dass nur entscheiden werden könne, wenn ein konkretes Rechtsverhältnis vorhanden sei. Dies fehle im konkreten Verfahren, da ja derzeit kein Mon 810 Mais angebaut werde.

## Richterliche Argumente

Darüber hinaus stellt das Gericht fest, dass die gute fachliche Praxis regelnde Rechtsverordnung in Bezug auf den Umgang mit Bienen lückenhaft ist. In ihr werden nur die einzuhaltenden Abstände zwischen Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu konventionell bzw. biologisch bewirtschafteten Feldern geregelt. Dennoch, so das Gericht, bestünde eine Vorsorgepflicht, die sich schon aus der Gesetzesbegründung in §16b Abs.1 des Gentechnikgesetzes ergebe. Das Bundesverfassungsgericht stellt in einem Urteil aus dem Jahr 2010 fest, dass Behörden und Fachgerichte berufen sind, eine verhältnismäßige Anwendung im Einzelfall sicher zu stellen, wenn die Regelungen der guten fachlichen Praxis unvollständig seien. Weshalb die Richter des Bayerischen Verwaltungsgerichts diese Aussage nur zitieren, aber nicht handeln, bleibt unklar.

## Nicht koexistenzfähig

Festzustellen ist, dass sich die Richter sehr wohl über die komplizierte Situation im klaren waren. In der weiteren Urteilsbegründung gehen sie ausführlich auf den aktuellen Wissensstand ein. Demnach muss man von Sammelabständen der Bienen zwischen 500 Metern und 5,5 Kilometern ausgehen. In Extremfällen können aber auch Sammelabstände von bis zu 10 Kilometern erreicht werden. Die Richter kommen zu dem Schluss, dass die in den zitierten Studien angegebenen Mindestabstände zu Bienenständen von 500 Metern „in den meisten Fällen den Eintrag von GVO nicht verhindern können“. Die Landesanstalt für Bienenkunde der Universität Hohenheim hat festgestellt, dass in einem Abstand von 1 Kilometer noch ein GVO-Eintrag vorhanden war. Ohne weitere Schutzmaßnahmen müsse man, so zitiert das Gericht die Studien, von einem Sicherheitsabstand von ca. 10 Kilometern ausgehen, wenn „mit absoluter Sicherheit Risiken für den Eintrag von Pollen in den Honig ausgeschlossen werden“ sollen.

## Schutz von GVO

Überraschend ist die Argumentation des Gerichts. Anstatt die betroffenen

Imker zu schützen, stellen die Richter fest, dass die von Imkern geforderten Abstände nicht mit dem Gentechnikgesetz konform seien, denn das habe auch zur Aufgabe, „die Möglichkeit der Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln auch unter Einsatz von GVO zu gewährleisten“. Ein Sicherheitsabstand von 10 Kilometern käme einem faktischen Verbot gleich. Deutlich weicher geben sich die Richter, wenn sie von einer „verträglichen Koexistenz beider Wirtschaftsformen“ sprechen. Offensichtlich gehen die Richter davon aus, dass die Imker Beeinträchtigungen in Kauf nehmen müssen, damit ein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen möglich bleibt. Konkret formulieren sie jedoch, dass die Wissenschaft derzeit noch keine abschließenden Ergebnisse vorzuweisen habe und das Gericht deshalb nicht entscheiden könne. Diese Argumentation weist einen entscheidenden Mangel auf, da sie davon ausgeht, es gebe EINE Wissenschaft und diese käme zu EINEM abschließenden Ergebnis. Dabei besteht die Stärke von Wissenschaft in ihren vielfältigen Ansätzen getragen von unterschiedlichen Wissenschaftlern und sie ist nie abgeschlossen, sondern ihre Ergebnisse werden anhand neuer Erkenntnisse fortgeschrieben, revidiert oder verworfen. Den Richtern jedenfalls reichen die von ihnen zitierten Studien nicht. Sie nehmen ihre Verantwortung für die Imker und Verbraucher nicht wahr und verweisen auf den Gesetzgeber, der beabsichtige, eine „gesetzliche Regelung einer Koexistenz des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen mit der Erzeugung von Honig“ zu erstellen.

Imker haben keinen Anspruch darauf, vor Gentechnik-Anbau in der Nähe ihrer Bienenstände geschützt zu werden. Thomas Radetzki, Vorstand des Vereins Mellifera und Initiator des Bündnisses bezeichnete die Gerichtsentscheidung als „Affront gegen die Imkerschaft. Wenn die Bienen nicht da sind, hätten wir eine ökologische Katastrophe. Der Schutz der Bienen ist deshalb keine Option, sondern Notwendigkeit“. Imker Karl-Heinz Bablok und vier seiner ebenfalls betroffenen Kollegen werden nun mit Unterstützung des Bündnisses zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik vor das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ziehen, um dort ihre Ansprüche durchzusetzen. *mn*

## Schutzhonig

Das „Schutzgeld“ für die Imker wird nicht erpresst – kaufen Sie freiwillig „Schutzhonig“ unseres Imkers Karl Heinz Bablok!

Bablok ist als David gegen Goliath angetreten. Verbünden auch Sie sich mit ihm. Der Sonderverkauf dient der Finanzierung des Rechtsstreites. Überweisen Sie € 25 für ein Glas mit 30 Gramm gentechnikfreiem Honig. Geben Sie Ihre genaue Postadresse bei der Überweisung an, der Versand erfolgt dann ohne weitere Bestellung.

Konto: 102 005 85 49

BLZ: 722 501 60

Sparkasse Donauwörth, Kontoinhaber: Karl Heinz Bablok.



Der Schutz von Honig vor Gentechnik liegt jetzt beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Foto: Stephan/ BLE

## Gentechnikfreie Futtermittel in Deutschland

Die AbL hat eine Liste mit Bezugsadressen von gentechnikfreien Futtermittellieferanten erstellt. Über 100 Futtermittelfirmen können bundesweit liefern, sowohl Rinder-, Schweine- als auch Hühnerfutter als auch pures Sojaschrot. Die Bezugsliste findet sich unter [www.gentechnikfreie-fuetterung.de](http://www.gentechnikfreie-fuetterung.de). Zur Aktualisierung der Liste bitte melden bei Annemarie Volling: [gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de](mailto:gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de) av

## Gt-freie Fütterung gesünder und billiger

Ein Bericht über die positiven Folgen der Umstellung auf gentechnikfreie Fütterung eines konventionellen Schweinezüchters in Dänemark hat für große Aufregung gesorgt. Gegenüber dem dänischen Landwirtschaftsblatt *Effektivt Landbrug* berichtete der Schweinezüchter Ib Borup Pedersen von der Verbesserung des Gesundheitszustands seiner Sauenherde sofort nach der Umstellung auf gentechnikfreies Soja. Er beobachtete u. a. das Ausbleiben von Durchfallerkrankungen, eine höhere Ferkelzahl, einfacheres Abferkeln, weniger Totgeburten und kräftigere Ferkel. „Allein die Einsparung der Medikamente deckt die Mehrkosten für gentechnikfreies Soja“, so Pedersen. Er habe im April 2011 umgestellt, seither sei der beobachtete Trend stabil. Ein zweiter dänischer Farmer hat der Organisation GM-Free Cymru inzwischen Ähnliches berichtet, sowohl für Milchkühe als auch für Schweine. Das dänische Zentrum für Schweinezucht VSP hat daraufhin beschlossen, eine Fütterungsstudie durchzuführen, um die Magen-Darm Gesundheit von Schweinen mit Gentechnik- und gentechnikfreier Fütterung zu vergleichen. Start der Studie soll schon im Herbst 2012 sein. Kritiker bemängeln das Versuchsdesign, denn die Fütterungsstudien sollen erst mit Ferkeln über 30 kg beginnen. Zu befürchten ist, dass durch den späten Beginn die Effekte nicht so gut erkennbar sein könnten. Offen bleibt auch, ob in dieser Studie ein möglicher Zusammenhang mit Glyphosat untersucht wird. av

## USA: Umstrittener gt-Mais vor Zulassung

Der Pestizidwirkstoff 2,4-D ist wegen erheblicher Gesundheitsgefahren in Schweden, Norwegen und Dänemark verboten. Neueste Studien bestätigen seine krebserregende Wirkung. Trotzdem will das US-Landwirtschaftsministerium einen Gentechnik-Mais von Dow AgroScience zulassen, der gegen das umstrittene und giftige 2,4-D resistent ist. Das US-Umweltbundesamt EPA bestreitet bisher die Eindeutigkeit der Studien. Bekämpfbar werden sollen dadurch die Superunkräuter, die sich durch den Anbau von glyphosatresistenten Gentechnik-Pflanzen verbreiten. In einem gemeinsamen Brief fordern 145 Umwelt-, Landwirtschafts-, Fischerei- und Gesundheitsorganisationen das Ministerium auf, die Zulassung dieses Gentechnik-Maises zu verhindern, da zwangsläufig ein vermehrter Einsatz von 2,4-D-Herbiziden die Folge ist. Die Bildung von immer neuen resistenten Unkräutern ist absehbar. Schon heute warnen Wissenschaftler davor, bald gänzlich ohne Lösungen dazustehen. av

## EFSA-Vorstandsvorsitzende zurückgetreten

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat sich von ihrer Vorstandsvorsitzenden Prof. Diána Bánáti getrennt. Die EFSA bestätigte, dass die Ungarischen Verbindungen zum industrienahe International Life Science Institut (ILSI) hat, die mit ihrer Rolle als Vorstandsmitglied und -vorsitzende unvereinbar seien. Bánáti, die u.a. Beraterin des ungarischen Landwirtschaftsministeriums ist, steht seit 2010 wegen Nähe zum ILSI in der Kritik. Das ILSI wird von der Lebensmittel- und der Agrochemieindustrie finanziert. „Wie soll die EFSA ihre Aufgabe, die Lebensmittelsicherheit und die Industrie zu überwachen, erfüllen, wenn selbst die höchste Ebene keinerlei Gespür für den nötigen Abstand erkennen lässt?“, fragte Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen). Die EU-Kommission hat jüngst die ehemalige Monsanto-Mitarbeiterin und derzeitige Cheffobbyistin der europäischen Lebensmittelindustrie, Mella Frewen, als neues Verwaltungsratsmitglied der EFSA vorgeschlagen. Dies wurde sowohl von verschiedenen Organisationen als auch vom Europäischen Parlament kritisiert. Demnächst müssen die Mitgliedsstaaten über die Empfehlung abstimmen. „Die internen Kontrollmechanismen der EFSA haben bisher weitgehend versagt. Eine Ursache dafür ist die industrienahe Besetzung des Verwaltungsrates. Bisher hat die Industrie viel zu viel Einfluss auf dieses wichtige Gremium“, so Christoph Then vom Verein Testbiotech. Bei den EU-Vorschriften für die EFSA, die im Laufe dieses Jahres überarbeitet werden sollen, fordert Testbiotech zusammen mit anderen Verbänden eine umfassende Reform der EFSA. Frau Bánáti ist zwischenzeitlich wissenschaftliche Direktorin der europäischen ILSI-Dependance geworden. av

Kurzes am Rande

# Zucker ohne Gentechnik

Molkerei Bauer bietet gentechnikfreien Fruchtjoghurt an

Lecker – Erdbeerjoghurt ohne Gentechnik. Seit März 2012 tragen vier Fruchtjoghurtsorten von der Privatmolkerei Bauer das begehrte Siegel. 1887 gegründet gehört die J. Bauer GmbH & Co. KG inzwischen zu den größten Fruchtjoghurtherstellern in Europa. Seit drei Jahren arbeitet Bauer an einem „ohne Gentechnik“-Siegel für seine Produkte. Es gab intensive Gespräche mit den Milchbauern und diversen Futtermittellieferanten, dann stellten die 850 liefernden Bauern und Bäuerinnen ihre Milchviehherden auf gentechnikfreie Fütterung um. Nach zwei Jahren kamen die ersten Produkte „ohne Gentechnik“ auf den Markt: Saure Sahne, Naturjoghurt und zwei Käsesorten. Für ihren Mehraufwand bekommen die Bauern und Bäuerinnen einen Zuschlag von 0,5 Cent pro Kilo Milch zusätzlich zu dem sowieso schon überdurchschnittlichen Auszahlungspreis. Die Privatmolkerei Bauer unterstützt zudem das Bayerische „Aktionsprogramm Heimische Eiweißfuttermittel“, da Firmenchef Florian Bauer überzeugt ist, dass heimische Futtermittel in qualitativer und auch finanzieller Hinsicht die bessere Lösung seien als Soja aus Übersee.

## „Ohne Gentechnik“

Auch seinen Fruchtjoghurt wollte Bauer mit „ohne Gentechnik“ labeln. Seit 2008 gibt es dafür eine neue gesetzliche Regelung. Um ein Lebensmittel als „ohne Gentechnik“ labeln zu können, dürfen neben der Milch auch die anderen Joghurtzutaten nicht gentechnisch verändert sein, nicht von einem gentechnisch veränderten Organismus (GVO) stammen und nicht durch einen

GVO produziert worden sein. Zunächst liefen Gespräche mit Herstellern von Fruchtzubereitungen und Zucker für den Fruchtjoghurt ins Leere, da diesen die notwendigen Zertifikate für die einzelnen Komponenten fehlten. Die Lieferanten hatten vor allem Probleme mit der Beschaffung von Zucker. „Das Zuckerkartell mauert. Die Unternehmen stellen keine Zertifikate aus, obwohl sie es könnten“, ließ sich der Geschäftsführer Florian Bauer im Juli 2011 in der *Lebensmittelzeitung* zitieren.

## Schwierige Rohstoffversorgung

„Nach intensiven Gesprächen mit den Herstellern von Zutaten wie Zucker und Fruchtzubereitungen sind die Unternehmen den Schritt der „ohne Gentechnik“-Zertifizierung gegangen und können jetzt die notwendigen Zusicherungen ausstellen“, sagt ein Bauer-Sprecher heute. Der Verein Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG), der das „ohne Gentechnik“-Siegel auf den fertigen Produkten vergibt, freut sich darüber: „Mit der nun gegebenen Verfügbarkeit von gentechnikfreien Fruchtzubereitungen werden auch andere Hersteller die verbraucherfreundliche Kennzeichnung in Betracht ziehen!“ Bauer will langfristig das gesamte Fruchtjoghurt-Sortiment umstellen. Bislang wäre aber die nötige Menge am Markt noch nicht verfügbar, so der Bauer-Sprecher. Aber: Vom Lebensmittelhandel gäbe es gute Resonanz. Das Thema „ohne Gentechnik“ sei im Handel angekommen, auch weil die Verbraucher es wollen.

Annemarie Volling  
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft



Da läuft einem das Wasser im Mund zusammen.

Foto: Bauer

## Luxemburg: Futtermittel „ouni Gentechnik“

„Die RWG hat die Zeichen der Zeit erkannt und folgt einer klaren Kundennachfrage“, erklärte Ende März der Direktor der RWG, Raiffeisen-Wuere-Genossenschaft in Luxemburg, Marc Feldmeyer, auf einer Pressekonferenz anlässlich der Umstellung eines ihrer Werke auf Futtermittel „ouni Gentechnik“. In Luxemburg werden derzeit gesetzliche Regelungen für ein „ohne Gentechnik“ Label erarbeitet, die kurz vor dem Abschluss stehen. Die RWG liefert Futtermittel mit entsprechender Zertifizierung – nicht nur in Luxemburg, sondern auch im umliegenden Ausland, bspw. in die Eifel. av



## Patent im Parlament

EU-Abgeordnete gegen konventionelle Biopatente

Das Europäische Parlament hat sich positioniert. In einer Resolution forderten die Parlamentarier mit großer Mehrheit das europäische Patentamt auf, künftig keine Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere mehr zu erteilen. Damit befinden sich die EU-Abgeordneten in guter Gesellschaft, hatten doch zuvor mehrere nationale Parlamente – auch der deutsche Bundestag im Februar 2012 – ähnlich gehandelt. Entsprechend positiv fiel die Resonanz aus Berlin aus. „Hier wird ein deutliches Signal an die Europäische Kommission gesandt, sich endlich mit einer Konkretisierung der EU-Biopatentrichtlinie zu befassen“, kommentiert der umweltpolitische Sprecher und Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch. Die jetzige Richtlinie lasse zu viel Spielraum für die Erteilung von Patenten, so Miersch. Große Konzerne erhielten Monopole und steigerten ihre Marktmacht. Kleine, mittelständische Züchter würden vom Markt gedrängt und Bauern in Abhängigkeiten gebracht, die zum Schluss zu einer Verarmung der biologischen Vielfalt führten. Im Vorfeld der

Resolution hatte das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut“ aus weltweit mehr als 300 Organisationen den Abgeordneten einen Brief geschickt mit der Aufforderung, sich gegen die Patentierung und für den Erhalt einer Züchterfreiheit und damit auch einer gewissen Unabhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen auszusprechen.

### Europapatent

Kritisch betont wurde in dem Brief die zunehmende Markt- und Machtkonzentration der Konzerne durch Patente. „Keine Patente auf Saatgut!“ fordert die EU-Mitgliedsstaaten auf, das sogenannte „Einheitspatent“, über das zurzeit in der EU verhandelt wird, für eine Stärkung der Züchterrechte zu nutzen. Bündnis-Patentexperte Christoph Then ist skeptisch, dass sich die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner da entsprechend engagiert. Sie wolle den Sitz der neu zu schaffenden europäischen Gerichtsbarkeit für Patentangelegenheiten, deshalb sage sie zum Züchternvorbehalt nichts mehr, so Then. Zumal sogar die Züchter sich nicht eindeutig verhielten.

Ihr europäischer Interessensverband wird von Industrievertretern dominiert, die sehr wohl Schutzrechte eher noch verschärften als abbauen wollen – auch gegen die eigenen Kollegen. Noch ist offen, wie die Entwicklungen hier weitergehen.

### Patentamt arbeitet

Ungeachtet von all dem bleiben zunächst die konkreten Auseinandersetzungen um Patente auf Leben. Erst vor kurzem wurde nur aus technischen Gründen ein Patent auf tierische Spermazellen einer Firma widerrufen, welches die komplette landwirtschaftliche Tierzucht Lizenzforderungen hätte unterwerfen können. Und direkt nach der Resolution in Brüssel legten Patentgegner Einspruch ein gegen ein Patent auf menschliche Spermazellen, das die englische Firma Ovasort hält. Es ist auf tierische Zellen übertragbar und hätte eine ähnliche Tragweite, wie das gerade verhin-derte. Offensichtlich bleibt also die Reproduktionstätigkeit der Konzerne in Sachen Patente auf Leben rege – zum Glück die der Gegner auch. cs

## Es geht auch anders

Wie Pflanzenzüchtung auch bezahlt werden kann

Im Konflikt um die Erhebung der Nachbaugebühren geht es auch um die Art und Weise, wie die Pflanzenzüchter bzw. ihre Interessensvertretung, die Saatguttreuhand-Verwaltungs GmbH (STV), ihr Verlangen nach Nachbaugebühren auf der gesetzgeberischen Ebene durchgesetzt hat und wie sie nun versuchen, den Anspruch daraus praktisch durchzusetzen. Bäuerinnen und Bauern wurden und werden kaum in Entscheidungsprozesse einbezogen und im Widersetzungsfall vors Gericht befördert. Daran ändern auch neuerdings hübscher gestaltete Fragebögen und eine mit freundlich lächelnden Figuren ausgestattete neue Homepage nichts. Dass es auch anders geht, zeigen Beispiele aus der ökologischen Pflanzenzüchtung. Besonders engagiert haben sich immer schon biologisch-dynamische Pflanzenzüchter, so dass sie auch als erste Modelle für die Finanzierung der Züchtungsarbeit finden und praktisch umsetzen mussten. Und das in einem Bereich, in dem Nachbau eine wesentlich größere und durchaus gewünschte Rolle spielt als in der konventionellen Landwirtschaft. Der gemeinnützige Verein Kultursaat bündelt die Interessen und Aktivitäten biologisch-dynamischer Gemüsezüchter im deutschsprachigen Raum. Über den Verein wird Neuzüchtung (Entwicklung neuer Sorten) realisiert und die Erhaltung von Sorten gewährleistet, Kultursaat e.V. vertreibt von seinen Sorten jedoch kein Saatgut. Der Vertrieb geschieht über Firmen

wie z.B. die Bingenheimer Saatgut AG, Sativa Rheinau (Schweiz) oder Reinsaat (Österreich). Kultursaat verzichtet sogar bewusst darauf, beim Bundessortenamt den Sortenschutz zu beantragen. Stattdessen schließt Kultursaat einen Vertrag mit den jeweiligen Nutzern der Sorten. „Beide Parteien sollen Sorten als Kulturgut verstehen, als Eigentum der Allgemeinheit“, sagt Kultursaatgeschäftsführer Michael Fleck.

### Augenhöhe

Man wolle die Beteiligten herausholen aus dem „Rechtsdilemma“, das der gesetzliche Sortenschutz mit sich bringe. Und trotzdem sollen sie in einer privatrechtlichen Vereinbarung Verantwortung übernehmen. So heißt es in der Präambel: „Im gemeinsamen Bewusstsein, dass Sorten Kulturgut sind, das heißt, ihre Entwicklung auf der Basis unseres gemeinsamen kulturellen Erbes geschieht, sie somit kein privatrechtliches Eigentum sein können und daher weiterhin kulturelles Erbe sein sollen, und somit allen Menschen zur Verfügung stehen sollen; (...) im gemeinsamen Bewusstsein dass der Verein Kultursaat e. V. ein deutliches Interesse an der lebendigen Nutzung und Verbreitung dieser Sorten hat, einem würdevollen Umgang mit diesen Sorten, sowie dem Erhalt der Besonderheit dieser Sorten bis hin zum Konsumgut (...) wird folgende Vereinbarung zur Sortennutzung getroffen.“ Michael Fleck benennt den

zentralen Punkt: „Auf Augenhöhe verhandelt es sich besser als im Abhängigkeitsverhältnis. Das setzt gemeinsame Ziele, Vertrauen und Ehrlichkeit voraus.“ Nur wenn das da ist, unterschreiben die Saatgutnutzer auch diesen Satz, dass sie als „Anerkennung der gemeinnützigen Leistung der Sortenentwicklung und des Sortenerhaltes bei Kultursaat e. V. unabhängig vom gesetzlich verankerten Sortenschutz für alle von Kultursaat e. V. gepflegten Sorten einen freiwilligen Sortenentwicklungsbeitrag an Kultursaat“ abführen. Knapp 10 Prozent seines Jahresbudgets erhält der Verein so als Rückfluss – und die Gewissheit, ein Miteinander von Züchtern und Bauern zu fördern.

### Sponsoring

Eine Idee, die auch bei Biolandbäuerin Barbara Rudolf angekommen ist. Sie sagt: „Es ist wichtig, dass jemand gegen die räuberischen und erpresserischen Machenschaften der STV angeht.“ Auf ihrem Betrieb arbeitet sie mit Kultursaatarten, sie züchtet aber auch selbst mit samenfesten Kohlsorten. Ihr Finanzierungsmodell beinhaltet auch Sponsoring durch den abnehmenden Großhandel. Dieser gibt den Beitrag von 50 Cent pro Kiste Kohl an den Endkunden weiter. Die Reaktionen sind positiv. „Wenn die Leute wüssten, für welche Art von Pflanzenzüchtung sie zahlten, sind sie dazu bereit“, ist sich Rudolf sicher. cs



164.000 Euro

### an Informanten

Saatgut-Aufbereiter, die der Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV) Auskünfte darüber geben, für welche Landwirte sie im Wirtschaftsjahr 2010/11 Nachbausaatgut aufbereitet haben, sind im April 2012 von der STV mit insgesamt 164.000 Euro für die Informationen belohnt worden. Das wären 10 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Das geht aus Unterlagen aus Genossenschaftskreisen hervor. Wie die *Bauernstimme* (3/2012) berichtete, bekommt ein Aufbereiter 30 Cent je 100 Kilo aufbereitetes Saatgut, wenn er einen „vollständigen Datensatz“ über einen Landwirt übermittelt: Name, Anschrift, Sortenname, Menge, Datum der Aufbereitung. Eine Auskunft über den Kauf von Z-Saatgut wird nur mit 10 Cent/dt belohnt. Die STV verwendet solche Auskünfte als sogenannte Anhaltspunkte, um bei Bauern Nachbaugebühren einzutreiben. Nach wie vor verweigern fast die Hälfte der von der STV angeschriebenen Bauern die Auskunft über ihren Anbau. Pro Jahr stagnieren die Nachbaugebühren seit 2008 bei rund 8 Millionen Euro in Deutschland. uj

# Grundstücksverkehrsgesetz aktiv anwenden!

BLG-Gutachten zeigt Gesetzeslücken und Handlungsbedarf auf

Der Blick auf landwirtschaftliche Boden- und Pachtmärkte und den Grundstücksverkehr bleibt brandaktuell, vor allem wegen der Preissteigerungen infolge hoch geförderter Biogasbetriebe und außerlandwirtschaftlicher Kapitalanleger. Grund genug, das Gutachten des Bundesverbands der gemeinnützigen Landesgesellschaften (BLG) genauer zu betrachten. Neben dem anzuprangernden kritiklosen Umgang mit der staatlich abgesicherten Dominanz der ostdeutschen LPG-Nachfolge-Betriebe auf dem Bodenmarkt gibt es in diesem Gutachten doch einige interessante Hinweise und Vorschläge.

## Gesetzeslücken

Das Grundstücksverkehrsgesetz und das Vorkaufsrecht der Landesgesellschaften (nach dem Reichssiedlungsgesetz) sollen den agrarstrukturellen Verwerfungen entgegenwirken, indem die Grundstücksverkehrsausschüsse auf Kreisebene gegen außerlandwirtschaftliche Investoren und überhöhte Preise vorgehen können. Letzteres gilt z.B. dann, wenn die ortsüblichen Verkehrswerte um 50 Prozent (z.T. 30 Prozent) überschritten werden. Der BLG verweist auf derzeitige Gesetzeslücken, wenn Kapitalgesellschaften Anteile an kompletten Betrieben und Unternehmen kaufen. Dies gilt auch für den Fall, dass ein Gesellschafter einer Personengesellschaft, Agrargesellschaft, GmbH oder AG in eigener Person landwirtschaftliche Flächen erwirbt.

Oder wenn dies durch landwirtschaftliche Besitzgesellschaften erfolgt, mit denen indirekt nichtlandwirtschaftliche Bodenfonds oder Kapitalanleger verbunden sind, an die später das Land weitergegeben wird. Der Kauf von Land durch ortsfremde Landwirte galt früher als agrarstrukturell „ungesund“, wenn die Entfernungen mehr als 10 bis 15 Kilometer betragen. Dies hat sich zwar durch neue technische Möglichkeiten relativiert – aber auch heute gilt noch der Grundsatz, dass bei weit entfernt liegenden Kaufflächen eine eigene Bewirtschaftung erforderlich ist und dass eine reine Verpachtung dieser Flächen zur Kauf-Versagung durch die Grundstücksverkehrsausschüsse berechtigt. Dies kann heute mit der Behauptung unterlaufen werden, man wolle in der neuen Region einen neuen Betriebssitz errichten, obwohl die Bewirtschaftung der neuen Flächen an Lohnunternehmer oder andere Landwirte übertragen wird.

## Pachtpreis-Obergrenzen

Auch das Landpachtgesetz erlaubt die Beanstandung einer Pacht, wenn „ein landwirtschaftliches Grundstück an einen Nichtlandwirt verpachtet wird und das Grundstück dadurch der Nutzung durch einen Landwirt entzogen wird, der dieses Land dringend zur Schaffung und Erhaltung leistungs- und wettbewerbsfähiger Betriebe benötigt“. Dies gilt auch für überhöhte Pachtpreise, gemessen an

dem „nachhaltig erzielbaren Ertrag des gesamten Betriebs in mehreren Wirtschaftsjahren“. Der BLG konstatiert ein schwerwiegendes Vollzugsdefizit, weil nur ein Bruchteil der Landpachtverträge bei den Behörden angezeigt wird – dies würde sich ändern, wenn dies zur Voraussetzung der rechtlichen Wirksamkeit gemacht würde. Des Weiteren hält der BLG eine genau gesetzlich definierte Schwelle für regional angemessene Pachtpreise für möglich. Dies entspricht der Forderung der niedersächsischen AbL, wonach „bei Pacht und Bodenkauf solche Investoren ausgegrenzt werden, die sich nicht am landwirtschaftlichen Ertragswert einer Fläche orientieren müssen.“ Die AbL Niedersachsen hatte zudem gefordert, dass pacht- oder kaufinteressierte Landwirte nicht mehr nur durch den Bauernverband über ihr Vorkaufsrecht informiert werden, sondern dass – wie in anderen Bundesländern – alle Landwirte durch eine öffentliche Bekanntmachung davon erfahren müssten. Es sei auch zu prüfen, inwieweit die Landkreise bei der Besetzung der Ausschüsse nicht auch andere Landwirtschafts- oder auch Umweltverbände berufen müssten. *en*

*Das Gutachten „Landwirtschaftlicher Bodenmarkt, Perspektiven und Grenzen der Weiterentwicklung des bodenpolitischen Ordnungsrahmens beim Grundstücksverkehr“ ist für 15 Euro erhältlich beim BLG, Märkisches Ufer 34, 10179 Berlin, blg-berlin@t-online.de*

GESTÄTTEN, RAINER WENDT.  
EINER VON 6.457 GEFLÜGELHALTERN IN DEUTSCHLAND.



## Schönfärberei industrieller Geflügelhaltung

Kampagne für eine perspektivlose Art der Tierhaltung

Die agrarindustrielle Geflügelhaltung in Deutschland und Europa befindet sich nicht nur in einer grundlegenden Akzeptanzkrise, sondern ebenfalls am Beginn jahrelanger ökonomischer Verwerfungen. Die Warnungen von Professor Hans-Wilhelm Windhorst (Universität Osnabrück/Vechta) vor einem Zusammenbruch ganzer Wertschöpfungsketten sind nun Realität geworden. Ursache ist der Verdrängungskampf alter und neu eingestiegener Geflügelkonzerne um die Vorherrschaft, der sich in einer gigantischen

Überproduktion ausdrückt, die voraussichtlich für die nächsten zehn Jahre keine rentable Mast mehr möglich machen wird und dem Unternehmen wie Stolle bereits zum Opfer gefallen sind. Berechnungen, die auf offizi-

ellen Betriebszweig-Auswertungen beruhen, zeigen, dass selbst das obere Viertel der Hähnchenmäster bereits jetzt bei einem Maststall mit 40.000 Plätzen etwa 9.000 Euro Verlust machen und der Durchschnitt der Mäster sogar circa 27.000 Euro. Während diese Realitäten in den Medien von Agrarindustrie und Bauernverband weitgehend ausgeblendet bleiben, hat die Vorsitzende des Geflügelwirtschaftsverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Marion Dorn, kürzlich im *Nordkurier* eingestanden, dass bereits jetzt „eine ganze Reihe von Betrieben über Winter einen Teil ihrer Ställe gar nicht belegt“ hat.

## Zynismus

Geradzu zynisch erscheint da eine großangelegte Imagekampagne mit teuren Großanzeigen und einer Transparenz und Aufrichtigkeit vermittelnden Homepage. Nichtssagenden Floskeln von „Verantwortung, Qualität, Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ sind keine Bilder oder Filme von eng gehaltenen, qualgezüchteten Tieren auf eigenem Kot und mit massiven Fußballen-Entzündungen beigelegt und

auch keine Zahlen über den Einsatz von Antibiotika und dadurch gezüchtete resistente Keime. Anstelle der Geflügelhalter, die man für diese Agrarindustrie-Reklame habe posieren lassen, hätten ehrlicher Weise die Verantwortlichen der Geflügelkonzerne ihr Gesicht zeigen sollen. Dem begegnen kann man nur mit der erneuten Warnung aller Bauern und Bäuerinnen vor dem Einstieg in die ruinöse Vertragsmäster-Abhängigkeit von Geflügelkonzernen wie Wesjohann („Wiesenhof“), Rothkötter, Sprehe, Plukon-Friki oder Kalvelage. Die AbL verweist in einer Pressemitteilung auf den Markt für artgerecht bzw. ökologisch gehaltenes Geflügel. Dafür träten auch die mehr als 200 Bürgerinitiativen und Verbände des bundesweiten Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ ein, deren Aktivitäten sich mittlerweile auch in politischen Maßnahmen niederschlagen würden. Schritte in die richtige Richtung angesichts von Schäden und Risiken für Gesundheit, Umwelt, Tierwohl, Welternährung und mittelständisch-bäuerliche Strukturen. *en*



# Dicke Luft im Stall

Erfahrungen aus Vortrags- und Begleitungsstätigkeit

Kommunikation ist längst kein alleiniges Frauenthema mehr – Dies spiegelt meine mehr als zehnjährige Erfahrung als ehrenamtliche Mitarbeiterin der landwirtschaftlichen Familienberatungsstelle der ev. Kirche Nordbayerns wieder und bestätigte sich auch bei den Veranstaltungen „Dicke Luft im Stall.“ Organisiert von Abl, BdM oder Biolandgruppen vor Ort lockte der Untertitel: „Kommunikation in der landwirtschaftlichen Mehrgenerationenfamilie“ an einem Abend sogar mehr Männer als Frauen.

## Viel Arbeit und soziale Kontrolle

Zu Beginn des Vortrags bitte ich meine Zuhörer immer, ihren Fokus darauf zu richten, welche Faktoren erschwerend für die landwirtschaftliche Familie sind. Auf vielen Betrieben ist eine unzureichende Privatsphäre immer wieder Anlass von Konflikten. Sei es das mitgehörte Telefonat, weil der Telefonanschluss im Flur ist oder die Besucher, die den gemeinsamen Hauseingang benutzen, das Blumenbeet, über dessen Gestaltung man sich nicht einig ist, oder wer wann zum Einkaufen oder, noch schlimmer, zum Privatvergnügen in die Stadt fährt. Ein Großteil des Lebens obliegt der Beobachtung durch alle Betriebsangehörigen. Ein weiterer Punkt ist die häufig sehr hohe Arbeitsbelastung und die nur schwer mögliche Abgrenzung von Freizeit und Arbeitsleben. Bäuerinnen und Bauern sind Multitalente, was Arbeitsspitzenbewältigung, Flexibilität und Management betreffen. Allerdings laufen sie Gefahr, die Grenzen der Belastbarkeit gerade dadurch immer wieder zu übertreten. Ganz besonders gilt dies für besondere Lebenssituationen z.B. Partnerschaft, Heirat, Geburt der Kinder, außerlandwirtschaftliche Tätigkeit, mehrere Standbeine, betriebliche Wachstumsphasen oder Umstrukturierungen, ungeklärte Hofübergabe, finanziell schwierige Zeiten, ebenso bei Krankheit, Pflegesituation oder Todesfällen in der Familie. Jede Veränderung braucht die Zeit zur Neuanspassung und Zeit ist ein sehr knappes Gut in der Landwirtschaft.

## Trauer, Wut und Unsicherheit

Manchmal genügt dann nur ein Wort des Partners, des Altheimlichen, der Schwiegermutter etc., um ein randvolles Fass zum Überlaufen zu bringen. Schon schlägt man dem Gegenüber Vorwürfe der letzten zehn Jahre um die Ohren. Diese Reihe kann sehr lang und individuell sehr verletzend sein. Den einen oder anderen Satz bedauert man zwar im Nachhinein, aber der Weg, sich auch mal zu entschuldigen, fällt Vielen auch sehr schwer. Ein anderes, häufiges Szenario ist, dass sich das Gegen-

über der verbalen Diskussion entzieht und in Schweigen verharrt. Schon ist die Stimmung im Keller, Schuldgefühle entstehen und auf den Schultern breitet sich ein zentnerschweres Gefühl von Trauer, Wut, Unsicherheit, Angst und Ausweglosigkeit aus.

## Sich selbst erkennen...

Wenn ich in meinem Vortrag diese Situationen beschreibe, ist es oft sehr still im Saal – kein Tuscheln, kein Stühlerücken. Ich spüre die Betroffenheit. Manchmal



Zusammenhalten ist nicht immer einfach.

Foto: sokaeko/pixelio

fühle ich mich etwas unbehaglich dabei, in dieser Direktheit die Zuhörer mit den schwierigen Seiten des Lebens zu konfrontieren. Aber eigentlich will ich das ja. Ich möchte, dass die Frauen und Männer ihre Situationen ansehen und darüber nachdenken. Mir ist wichtig, dass sie überlegen, was sie belastet und ob es Ziel für sie ist, diese Situationen zu verändern. Ein Teil der Betroffenen geht die Schritte, die dann erforderlich sind, allein, andere wenden sich an Beratungsstellen. In meinen Vorträgen versuche ich, die Zuhörer anzuregen, aktiv ihr Leben zu gestalten und sich gewisse Kommunikationsregeln anzueignen. Der Austausch untereinander, die Beachtung verschiedener Sichtweisen und das Konfliktgespräch sind insbesondere in der Partnerschaft genauer zu betrachten. Sobald man sich mit Problemen befasst, verändert sich bereits etwas. Für manche Bereiche sind auch mal handwerkliche Fähigkeiten gefragt. Neue Telefonanschlüsse werden gelegt, ein separater Wohnungseingang wird errichtet, ein neuer, eigener Garten wird angelegt. Andere Dinge benötigen klare Absprachen: Wer kocht wann?, wer ist für die Kälber zuständig?, wer ist fürs Melken verantwortlich?, wer entscheidet wann gemäht wird und wer macht Vorwürfe, wenn das Heu verregnet ist?, wer kümmert sich um die Buchführung und wer um die Finanzen? Werden bei be-

trieblichem Wachstum alle Entscheidungsträger gleichberechtigt mit einbezogen? Wird Geld nur in den Betrieb oder auch in Freizeit investiert?

## ... den Anderen wahrnehmen

Wichtige Regeln für eine Gesprächskultur sind z.B.: sich Zeit nehmen für Gespräche. Den Partner um ein Gespräch bitten und im Gegenzug dem Gesprächswunsch auch nachkommen – auch wenn das Thema auch mal unangenehm ist. Wichtig ist, den

Partner ausreden zu lassen, nachzufragen und die ewig gleichen Vorwürfe zu vermeiden. Es ist wichtig, dass alte Verletzungen angesprochen werden und als Verletzungen wahrgenommen werden, aber man kommt nicht weiter, wenn man sie immer wieder als Totschlagargument benutzt. Schildern Sie dem Partner Ihre Gefühle. Dies ist nicht angenehm, vor allem wenn es um negativ belegte Gefühle geht. Es muss akzeptiert werden, wenn ein Partner „nein“ sagt, z.B. wenn es um Sexualität geht. Nehmen Sie den Partner ernst. Werten Sie seine Äußerungen nicht ab, lachen Sie nicht darüber und setzen Sie den Partner nicht mit untergeschobenen Schuldgefühlen unter Druck.

Respektieren Sie sich und sprechen Sie ruhig auch mal ein Lob aus. Entwickeln Sie ein Mindestmaß an Gelassenheit und machen Sie sich selbst kleine Geschenke, die Ihnen gut tun. Versuchen Sie sich über Dinge in Ihrem Leben zu freuen.

Nach einer Stunde Vortrag bedanke ich mich fürs Zuhören und wünsche allen einen guten Nachhauseweg und die richtige Wegentscheidung für ihr Leben.

Isabella Hirsch,

1. Vorsitzende AbL-Franken und ehrenamtliche Mitarbeiterin der landwirtschaftlichen Familienberatungsstelle der ev.-luth. Kirche Bayerns

## „Bloß nicht Deutschland“

Als „hart, mies bezahlt und perspektivlos“ gelten deutsche Arbeitsplätze laut dem SPIEGEL-Artikel „Bloß nicht Deutschland“ mittlerweile in Polen. Auch für Jobs als Gebäudereiniger, auf dem Bau oder in der Landwirtschaft gelte Deutschland als ein „unfreundliches Land der Lohndrückerei“, das „unmenschliche Akkordarbeit anbiete, mit miesen Unterkünften und einer schlechten Zahlungsmoral“. Viele polnische Arbeitnehmer gingen daher lieber in andere europäische Länder oder kehrten zum Arbeiten zu den mittlerweile verbesserten Löhnen in die Heimat zurück. en

# Wiesen an der Weser vor dem Stadttor Bremens

Landwirtschaft im kleinsten Bundesland der Republik

Hier kommt das Land in die Stadt – in Bremen wird in einigen Stadtteilen Landwirtschaft betrieben. Im Blockland und im Borgfeld gibt es die meisten Höfe, aber auch in Oberneuland, Blumenthal und anderen Bezirken der Weserstadt finden sich vereinzelt Bauernhöfe. Insgesamt sind es etwa 210 Betriebe. Besonders an der bremischen Landwirtschaft ist neben der Stadtnähe auch der hohe Anteil an Naturschutzflächen. Laut des Senats für Umwelt Bau und Verkehr befindet sich der überwiegende Teil der 8.421 Hektar an landwirtschaftlicher Nutzfläche in der Gebietskulisse von Landschafts- und Naturschutzgebieten. Etwa die Hälfte davon wird ökologisch bewirtschaftet. Im Durchschnitt stehen auf Bremens Weiden 1,4 GVE/Hektar. Diese extensive Nutzung wird durch verschieden gestaffelte Grünlandprogramme unterstützt.

## Stevia

In Spanien und Holland wollen Forschungseinrichtungen untersuchen, welche Sorten, Anbau- und Verarbeitungs-Verfahren hierzulande für die mehrjährige und kalorienfreie Zuckersatz-Pflanze Stevia möglich sind. Etwa drei Viertel der kommerziell angebauten Bestände dieser eigentlich aus Südamerika stammenden Pflanze liegen in China, wobei die Pflanze viel Wärme und Wasser, ähnlich wie der Tee, braucht. Global agierende Konzerne wie Cargill, Coca-Cola und Pepsi und der malaysische Hersteller Pure-Circle machen bereits hohe Umsätze mit Stevia, die Nordzucker AG hat kürzlich ein Gemeinschaftsunternehmen „NP Sweet“ mit Pure-Circle gegründet. en

## Blockland

Nördlich der Weser ist der Boden in weiten Teilen ein Niedermoor, ein klas-

ter das Blockland in seiner ganzen Schönheit genießen können.

## Kleinräumigkeit

Einige Bauern haben sich das zunutze gemacht und bieten Kaffee und Kuchen und andere Köstlichkeiten an. So auch Familie Kaemena. Aus einem kleinen Teil der Milch von 60 Kühen machen sie Bio-Speiseeis. An schönen Tagen nehmen die Ausflügler 30 Minuten Wartezeit für ihr Eis in Kauf. Den Rest der Milch liefert Bauer Bernhard Kaemena an die regionale Biomolkerei Dehlwes in Lilienthal. Das ist zwar schon Niedersachsen, liegt aber nur 10 km entfernt. Und obwohl Dehlwes einen ganz anständigen Preis für die Milch zahlt, sieht Kaemena seine Zukunft nicht in der Lieferung der Milch. Seit Neuestem kommt eine mobile Hofkäserei zu ihm. Der mobile Käser Heinrich Bego-Ghina verkäst alle acht Wochen die Morgenmilch der Kaemena-Kühe in seinem dafür umgebauten PKW-Anhänger. Wenn die

erarbeitet. Daran gibt es laut regionalem BUND-Vertreter eine fast 100-prozentige Beteiligung.

## Wümmewiesen

Auch Hinrich Bavendam macht da mit. Er ist konventioneller Milchviehbauer und der Präsident des Bremer Landwirtschaftsverbandes. Mit 145 ha und 100 Milchkühen, deren Milch an die Nordmilch geht, ist er einer der Größten im Blockland. Für ihn ist die Zukunft der Landwirtschaft nur mit Wachstum zu sichern. Ein schwieriges Unterfangen, da das Blockland von der Stadt und dem Fluss Wümme umringt ist. Und die Stadt wächst. Da das Land sehr klein ist, und sowohl der Naturschutz als auch die Stadt ihre Flächen brauchen, gibt es keinen Ausgleich für landwirtschaftliche Nutzflächen. Bavendam bedauert, dass dies dazu geführt hat, dass einige Berufskollegen bereits aufgegeben haben.

## Blumenthal

Ulli und Carola Vey sind Nebenerwerbsbiobauern in Bremen-Blumenthal und die ersten, die in Bremen auf Bio umgestellt haben. Damals mit einem formlosen Antrag, da das Land Bremen gar kein Formular dafür hatte. Die Vey's halten etwa 70 Angustiere, Mutterkühe, Bullen und Färsen. Das Fleisch vermarkten sie in Vierteln und Achteln direkt. Es ist ihr Vorteil, den sie aus der Nähe zur Stadt ziehen. Eine enge Kundenbindung schaffen sie durch Naturschutzexkursionen. „Die Kunden schätzen an unseren Produkten die Regionalität und den Erhalt der Landschaft. Das vermitteln wir mit unseren Exkursionen“. Großvater Vey war Landwirt, der Sohn nicht mehr, der Enkel erstmal eigentlich auch nicht. Langsam entwickelten sich aus einer Kuh und einem Hektar Land die Angusherde und eine Pachtfläche von 105 Hektar Grünland und 7 Hektar Ackerland. Diese liegen im Umkreis von zehn Kilometern. Zweimal im Jahr fährt Ulli Vey seine Tiere hin und her. Die Futterwerbung überlässt er dem Maschinenring, „alles andere rechnet sich einfach nicht“. Vey versteht sich als Naturschützer, außer den Flächen ums Haus, auf denen im Winter die Besatzdichte die der Naturschutzaufgaben überschreitet, beweiden seine Tiere nur geschützte Flächen. Die Auflagen dafür beherzigt der ruhige und überlegte Wissenschaftler aus Zuneigung zur Natur. Daraus ergibt sich auch sein Engagement gegen die Gentechnik, die er für die gentechnikfreie Region Bremen auch gerne aus der Fütterung verbannen würde. Neben der Landwirtschaft ist Vey Berufsschullehrer in einem Berufsbildungswerk und Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Bremen. Sein Credo ist: „Die eigene Überzeugung leben und offen bleiben für andere Ansichten.“



Ulli und Carola Vey mit Kuh Rita.

Foto: privat

sisches Grünlandgebiet. Dort liegt das Blockland, es wurde bereits im Mittelalter von den Holländern trockengelegt und ist von Entwässerungsgräben durchzogen. Ackerbau ist dort nicht möglich. Eine einzige schmale Straße führt am Deich entlang. Die Bauern dort sind sehr eng miteinander, sie müssen sich absprechen, wann mit großem Gerät entlangfahren darf, zwei passen nicht aneinander vorbei. Das führt zu Maschinengemeinschaften. Aber auch zu Unmut. Immerhin ist diese Straße auch bei Bremer Ausflüglern sehr beliebt, die mit dem Fahrrad, Inlineskates oder zu Fuß kommen. An schönen Tagen am Wochenende und Feiertags fühlt man sich motorisiert dort fast fehl am Platz. Ein Zustand, der nerven kann. Immerhin sorgen die Bauern durch die Bewirtschaftung dafür, dass die Städ-

Vermarktung klappt und der Käse im Hofcafe gut angenommen wird, sollen sich die Verarbeitungsintervalle verkürzen. Der Bauer hat sich unter anderem für den weiteren Verarbeitungszweig entschieden, weil es ihn unabhängiger macht „von Brüssel.“ Er bewahrt sich seinen sehr regional ausgerichteten Betrieb in der Kleinräumigkeit. Wenn es auf den Naturschutz zu sprechen kommt, erzählt Kaemena, dass die Bauern damit vor Jahren viele negative Erfahrungen gemacht hatten. Die Landwirtschaft und der Naturschutz sind im Bremer Senat an zwei unterschiedlichen Stellen angesiedelt, das sorgte für wenig gegenseitiges Verständnis. Inzwischen gibt es einen sehr vernünftigen Umgang miteinander. Ein Gelege- und Kükenschutzprogramm haben Landwirte und Naturschützer gemeinsam

Lea Unterholzner,  
Junge AbLerin in Bremen



## Gefährliche Pestizide stoppen!

PAN hat Online-Aktion zum Mitmachen gestartet

Jährlich erleiden Millionen von Menschen Pestizid-Vergiftungen. Nur wenige dieser Vergiftungen werden ordnungsgemäß registriert. Untersuchungen zeigen, dass die Dunkelziffer gewaltig ist. Ein Beispiel ist Zentralamerika: Dort kam eine Untersuchung von Vergiftungsvorkommnissen zu dem Ergebnis, dass 98 Prozent der Fälle nicht erfasst werden. Aber auch in Deutschland ist die Dokumentation von Pestizidvergiftungen mangelhaft. Grund hierfür ist zum Beispiel, dass Hausärzte die durch sie erkannten Pestizid-Vergiftungen trotz Meldepflicht selten melden, weil sie für den Meldeaufwand nicht honoriert werden. Ein anderer Grund ist, dass Bauern nur ungern darüber reden, wenn sie sich vergiftet haben. Hinzu kommt, dass Langzeitwirkungen von Pestiziden sehr schwer nachweisbar sind, auch dann, wenn aus der Forschung die jeweils spezifischen Wirkungen einzelner Pestizide detailliert bekannt sind. Zu den Langzeitwirkungen von Pestiziden zählen zum Beispiel Unfruchtbarkeit, Krebs, Geburtsschäden oder Lernschwächen von Kindern. So ist es nicht verwunderlich, dass lediglich Einzelfälle existieren, in denen die Erkrankungen durch Pestizide nach Gerichtsverfahren schließlich als Berufskrankheit anerkannt wurden, z.B. Parkinson-Erkrankungen. In Entwicklungsländern existiert in der Regel nicht einmal eine theoretische Möglichkeit auf eine finanzielle Hilfe im Schadensfall.

### Hochgefährlich

Dass noch immer viele Pestizide hochgefährlich sind, zeigt eine neue PAN Germany Recherche über die Pestizid-Vermarktung durch BASF, Bayer und Syngenta. Diese drei Konzerne sind die Top-3 des globalen Pestizid-Marktes. Sie kontrollieren gemeinsam fast die Hälfte des Pestizid-Weltmarktes und vertreiben jeweils der

PAN-Recherche zufolge mehr als 50 hochgefährliche Pestizide.

In Europa gab es bisher kaum ländlichen Widerstand gegen hochgefährliche Pestizide. Thema waren meist die Pestizid-Rückstände in Nahrungsmitteln. Allmählich kommt jedoch Unruhe auf. So wenden sich in jüngerer Zeit zunehmend mehr Menschen aufgrund von pestizidbedingten gesundheitlichen Problemen oder Schäden an Pflanzen an PAN Germany. In Frankreich haben sich jetzt Bauern und Landarbeiter zusammengeschlossen, um das Schweigen über Gesundheitsschäden durch Pestizide zu brechen (mehr dazu auf [www.pan-germany.org](http://www.pan-germany.org)). Zudem gibt es immer mehr Akteure, die in Kooperationsprojekten Aktivitäten starten, um gemeinsam mit Bauern den Verzicht auf hochgefährliche Pestizide umzusetzen.

Um diese Initiativen zu unterstützen, hat PAN Germany unter anderem auf <http://action.pan-germany.org> eine bis Oktober 2012 laufende Online-Aktion gegen hochgefährliche Pestizide gestartet. Es handelt sich um eine Unterschriftenaktion für einen Brief an BASF, Bayer und Syngenta, der fordert, dass die drei Weltmarktführer hochgefährliche Pestizide global vom Markt nehmen. Bei dieser Unterschriften-Aktion können Einzelpersonen als Unterzeichner und Organisationen als Unterstützer mitmachen.

Carina Weber,

Geschäftsführerin des Pestizid Aktions-Netzwerks e.V. (PAN Germany)

Auf <http://action.pan-germany.org> kann jeder ein Schreiben an die weltweit führenden Agrarchemie-Konzerne BASF, Bayer und Syngenta unterzeichnen, um sie aufzufordern, die Vermarktung hochgefährlicher Pestizide zu beenden. Immer mehr Organisationen unterstützen die Aktion.

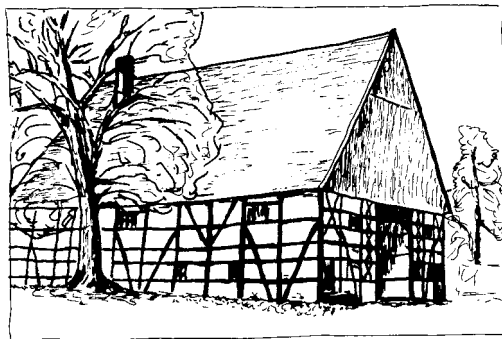


Pflanzenschutzmittel sind Gifte. Oft sind die Nebenwirkungen nicht bekannt oder werden bewusst verschwiegen. Foto: Dammann

## Stecher

Einen Hausgarten wissen viele von uns zu schätzen, man kann Gemüse, Obst oder Blumen anbauen, findet einen schattigen Platz zum Kaffee trinken und die Kinder haben Platz zum toben. Auch als Imker kann man einen Hausgarten gut nutzen. Wenn alle Bienenstände belegt sind, kann man Völker oder Ableger dort aufstellen, das Obst befruchten lassen und den Nektareintrag aus den umliegenden Rapsfeldern nutzen.

In der Regel sind unsere Bienen sanftmütig, d.h. sie lassen den Imker ohne große Verkleidung in den Bienenkasten schauen und die notwendigen Arbeiten verrichten. Gelegentlich hat man als Imker auch gerne mal ein etwas stechlustigeres Volk, welches an ab-



... aus Nordrhein-Westfalen

gelgenen Außenständen dafür sorgt, dass Unbefugte die Bienenkästen in Ruhe lassen, halten sie doch alle Besucher, die sich dem Stand nähern, mit ihren Angriffen auf Abstand.

Wir kamen auch schon an einen Stand, an dem wir eine umgeworfene Bienenkiste fanden,

direkt daneben ein T-Shirt. Da hatte die Mutprobe (trau du dich doch die Kiste umzuschmeißen) für den jungen Vandalen zur Folge, dass die Bienen schneller waren und er mit einigen Stichen am Körper, dafür ohne T-Shirt nach Hause kam.

In diesem Jahr haben wir zum ersten Mal die Situation, dass ein Volk am Haus, welches im vergangenen Herbst von einem Außenstand geholt wurde, sich „daneben“ benahm. Sie verhielten sich bei der ersten Durchsicht schon sehr unruhig, man kam nicht ohne Bienenschleier aus, wir schoben es auf die Gewitterluft.

Beim Sonntagskaffee und der Gartenbesichtigung mit den Großeltern und den Onkeln und Tanten wurden doch einige der Besucher von Bienen durch den Garten verfolgt, was für eine gewisse Unruhe sorgte.

Als wir uns nun ans Unkraut jäten machten, wurden sie auch zu uns immer stechlustiger. Unsere Nachbarn wissen das wir Bienen halten, waren aber doch etwas befremdet, als sie uns bei 25 Grad im Schatten mit langärmliger Jacke und Bienenkleid bei der Gartenarbeit und dem Rasenmähen sahen.

Nachdem letztens der Hund (ein Dalmatiner) zufällig während der Durchsicht des Volkes in die Nähe kam musste er den Gram des Bienenvolkes ertragen. Eine ganze Horde Bienen stürzte sich auf das arme Tier, dass in seiner Not versuchte die unbekannt angreifer mit seinen Pfoten zu vertreiben. Schnell packte ich den verwirrten Hund und zog das jaulende Geschöpf in die sichere Wohnung. Offenbar hatten die schwarzen Flecken für die Bienen ein besonders attraktives Angriffsziel geboten. Eine vorsichtige Schätzung ergab über 20 Stiche, geschwollene Ohren und kleine Schwellungen am ganzen Körper. Der Besuch beim Tierarzt ergab aber keine Auffälligkeiten. Die vorsorgliche Kortisonspritze hat aber sicher nicht geschadet und inzwischen sind auch die Ohren wieder abgeschwollen. Mit den Bienen im Garten ist nun Schluß. Entweder kommt das Volk an einen anderen Stand, oder sie bekommen eine neue Königin, die für bessere Stimmung im Volk sorgt.

Ein Bäuerin (51) erzählt...

# Ein großes Land vor tiefgreifenden Veränderungen

Indiens Kleinbauern brauchen Land, Infrastruktur und Gewerbe

Über die ländlichen Regionen in Indien referierte kürzlich beim Uelzener Landwirtschaftlichen Verein der frühere ARD-Ostasien-Korrespondent Paul Hampel: Die anhaltende Rückständigkeit des Landes kann man demnach nur vor dem Hintergrund der britischen Besatzung, die von 1800 bis zur Befreiung durch Gandhi im Jahr 1946 dauerte, verstehen.

## Kolonialismus und Liberalisierung

Unter der britischen Kolonialherrschaft verhungerten 1,5 Millionen Menschen allein deshalb, weil die Engländer den Bauern den Anbau von Indigo (für die britische Textilindustrie) und von Opium (für den Export nach China) aufzwangen. Das Verbot des nationalen Salzabbaus und der Zwang zum besteuerten Salzimport ist ein weiteres Beispiel für die erzwungene Abhängigkeit von den britischen Kolonial-

schwerten den Neubeginn. Unter den Nachfolgern Mahatma Gandhis näherte sich das Land der Sowjetunion an. Die Liberalisierung des indischen Marktes war im Unterschied zu China nicht nur auf Massenproduktion für den Weltmarkt ausgerichtet, sondern konzentrierte sich vor allem auf globale Dienstleistungen im Bereich der EDV. Bis heute sind von den 1,2 Milliarden Menschen aber immer noch 50 Prozent Analphabeten.

## Kleinbauern und Monsanto

60 Prozent der Bevölkerung leben auf dem Land und sind von einer zumeist noch von mittelalterlichen Strukturen geprägten Landwirtschaft abhängig. Zwar wurden die Maharadschas 1946 abgesetzt, behielten aber die Steuerfreiheit für ihre Latifundien. Die Landreform von Indira Gandhi führte dazu, dass der durchschnittliche Bauer etwa 3 bis

verhindern. Während hochwertiger Reis in den Export fließt, wird billiger Reis vor allem aus Südostasien importiert. Auf dem Lande herrscht zwar kein Hunger, aber dennoch eine unsichere Ernährungssituation. Ein Hauptproblem sind fehlende Vermarktungsstrukturen in den Städten: Zwischenhändler machen hohe Gewinne, 40 Prozent der Waren verderben beim ungekühlten Transport auf den maroden Verkehrswegen oder kommen nicht mehr frisch bei Konsumenten und Verarbeitern an.

## Kasten, Aufruhr, Perspektiven

Auf dem Lande haben alle Zugang zum Dorf-Fernseher und den indischen Bollywood-„Märchenfilmen“. Alle bekommen mit, wie in den Städten neben den Prachtbauten der unermeßlich Reichen auch die Slums der Armen wachsen. In Delhi und Neu-Delhi leben bereits 45 Millionen Menschen. Viele Dorfbewohner werden durch Rohstoff-Konzerne von ihrem Land vertrieben. Parallel zur Auflösung der Kasten in den Städten wächst auf dem Land die revolutionäre Bewegung der maoistischen Naxaliten, die bereits 150 der 600 Distrikte beherrschen. Auch in den Städten gibt es eine Protestbewegung gegen die wachsende Korruption. Heute muss man bei Hausbau oder Elektrizitätsversorgung nicht mehr nur ein „Bakschisch“ zahlen, sondern hohe Summen. Außenpolitisch hat das blockfreie Indien mit seinen traditionellen Verbindungen zu Russland ein ambivalentes Verhältnis zu den USA und Großbritannien, trotz der Auslandsaufenthalte vieler junger Inder in den USA. Die Konkurrenz des „effizienteren China“ führt zu einer Annäherung an die USA, seit diese die Atombewaffnung des – mit Pakistan konkurrierenden – Indien akzeptiert.



Die Waren der Bauern auf die Märkte in den Städten zu bringen, ist ein großes Problem. Foto: Schütz/pixelio

## Unfair-Textilien

Vor vier Jahren prangerte die „Kampagne für Saubere Kleidung“ die Arbeitsbedingungen bei den Textil-Zulieferern von Aldi, Lidl und KiK mit folgenden Zahlen über die hiesigen Preisanteile an: 50% Gewinn und Kosten des Einzelhandels, 25% Werbung, 13% Transportkosten und Steuern, 1% Lohnkosten. Obwohl die Händler damals Besserung versprachen, zeigt eine aktuelle Studie über Bangladesh nur unzureichende Verbesserungen: unbezahlte Überstunden, Siebentagewoche bis zu 16 Stunden täglich, Nacharbeit, kein Urlaub, Krankheits- oder Mutterschutz, Monatslöhne zwischen 27 und 51 Euro. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet von fehlenden Aldi-Kontrollen und zwei mobilen Lidl-Krankenstationen, die aber nur Vitamintabletten verteilen, damit die Mangelerscheinungen nicht bei der Arbeit stören. Die von der Otto-Gruppe angekündigte „Fabrik der Zukunft“ gibt es demnach immer noch nicht, auch nicht die Bezahlung nach gesetzlichen Rahmenbedingungen und dem gewerkschaftlich geforderten Mindestlohn von 47 Euro. *en*

herren. Die Zerstörung des Mischwalds an den Hängen des Himalaya im Norden des Landes durch eine verordnete Kultivierung nicht landestypischer Pinien führte zu massiver Bodenerosion. War Indien noch im 19. Jahrhundert das drittreichste Land der Erde, so wurde diese Stellung durch die britische Besatzung rasch zerstört. Die Briten unterdrückten die Schulbildung und hinterließen 1946 ein Land, in dem nur 14 Prozent der Menschen lesen und schreiben konnten. „Indien war damals auf dem Stand, den Preußen vor der Einführung der Schulpflicht vor 200 Jahren hatte“, referiert Hampel. Beim Aufbruch in eine neue Zeit musste Indien nicht nur mit diesen Handicaps zurechtkommen, sondern auch mit dem Ballast des komplizierten Kastensystems. Die Kastenzugehörigkeit gilt als „Bestimmung“, aus der man auch durch Leistung nicht ausbrechen kann. Auch die Teilung von Pakistan und Indien er-

7 Hektar bewirtschaftet. Die Landknappheit dieser parzellierten Landwirtschaft fordert die Intensivierung und hat neben der Abholzen von Wald auch zu Überdüngung und hohem Pestizideinsatz geführt. Der Monsanto-Konzern verspricht durch seine gentechnisch veränderten Sorten zunächst höhere Erträge. Gleichzeitig steigt die Verschuldung der Bauern bei Geldverleihern mit 10 bis 20 Prozent Monatszinsen. Wegen fehlender Rücklagen in schlechten Erntejahren gibt es immer wieder Selbsttötungen von Bauern im mittleren und östlichen Indien.

## Basmati als Exportschlager

Die ohnehin geringe staatliche Förderung bleibt zu 90 Prozent bei korrupten Beamten hängen. Die indische Baumwolle kann mit subventionierter US-Baumwolle ohnehin nicht konkurrieren. Indien exportiert Reis, vor allem den edlen Basmati. Dem Land ist es gelungen, ein US-Patent auf Basmati-Reis zu

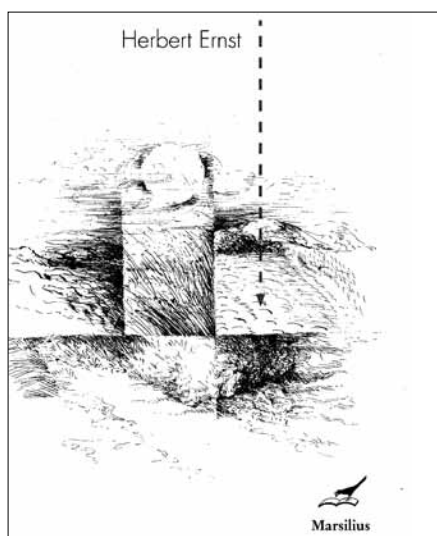
## Arbeit in den Golfstaaten

Trotz der sozialen Verwerfungen, Hindernisse und der Schicksalsergebenheit vieler Inder setzt der ARD-Korrespondent auf die Flexibilität der „vielen klugen, leidensfähigen Menschen“ in Indien. Bei der Entwicklung von Landwirtschaft, Infrastruktur und ländlichem Gewerbe müsse man vor allem auf die Frauen in der Landwirtschaft setzen. Die Weiterentwicklung des wenig angesehenen Handwerks und Gewerbes sei schwierig, aber die Voraussetzung zur Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze – und damit der Möglichkeit zur Vergrößerung der Kleinbetriebe auf mehr als 10 Hektar. Indische Wanderarbeiter sind in der Golfregion und überall in der Welt tätig und überweisen erhebliche Mittel in die Heimat. Zum ersten Mal können junge Familien mit diesem Geld aus dem festen Kasten-Umfeld ausbrechen: „Ein Einkommen von 50 Euro monatlich für täglich zehn Stunden Arbeit – das wäre ein Ziel.“ *en*



## Einwende

Gedichte voller Hintersinn. In frühen Morgenstunden bei klassischer Musik erdacht. Voller Bezüge zum landwirtschaftlichen Alltag des Autors. Herbert Ernst lässt seine Gedanken zur Agrarpolitik, dem Umgang mit der Natur und seine eigenen Empfindungen bei der Arbeit auf dem Gemüseacker stilsicher in seine Gedichte einfließen. Das Werk *Einwende* ist im Abl-Verlag für 19,80 Euro zu beziehen.



**wiederkehr  
wieder einmal  
die alten wege.  
aus der erde  
das neue grün  
in der luft  
die lerche  
über allem  
ruhe  
und  
die morgensonne  
alles  
natur ist immer  
gleich neu an dir.**

Herbert Ernst

## Tante-Emma-Geschichten vom Land

Was früher der „Tante-Emma-Laden“ war, das will heute die Schauspielerin und Musikerin Majanne Behrens aus Ringmar bei Bremen wieder aufleben lassen: Mit ihrem Projekt „Tante Emmas demografischer Handel auf dem Land“ ist sie in ihrem roten Wagen mit gepunkteter Schürze, Akkordeon und Charme unterwegs, um bei den Menschen Geschichten zu sammeln und daraus Lieder zu machen. Ein Buch mit den Resultaten der ersten Touren als „Signal zum kreativen Handeln auf dem Land“ ist auch schon erschienen. Unvergesslich auch ihr Lied über die gerettete Kartoffelsorte Linda. Gruppen aller Art, egal ob Kinder oder Senioren, können mit Majanne Behrens per Telefon 04241/8047733 oder per Mail an [info@kranich-schreie-sinnstiftung.de](mailto:info@kranich-schreie-sinnstiftung.de) in Kontakt treten. en

## Tödliche Ernte

Dieses Buch hat das Zeug zum Bestseller. Der frühere Spiegel- und Stern-Autor hat die vielen wichtigen Informationen von agrarindustrie-kritischen Initiativen und Experten in einem sehr gut lesbaren und spannenden Buch über Gentechnik, Patente, Genehmigungsbehörden, Agrarfabriken, Antibiotika, Agrarindustrie-Bauernverbands-Kartell, Subventionen und Agrarpolitik zusammengefasst. Ein paar verbale Überspitzungen tun dem keinen Abbruch, wenn sie dazu dienen, viele Menschen für diese Themen zu interessieren und zu informieren. Auch für Insider eine wichtige Lektüre, außerdem bestens geeignet zum Verschenken an Nicht-Insider. pm

Richard Rickelmann, *Tödliche Ernte. Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet.* 315 Seiten. ECON-Ullstein-Verlag Berlin. 18 Euro.



### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe:  2012  2011  2010  2009  2008  2007  2006  
22,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- €

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zugl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

## (Klein) Anzeigen

### Hof und Arbeit

● **Betriebsshelfer/in gesucht!**  
Kleiner Milchschafbetrieb mit eigener Käseerei in der Nähe von Osnabrück sucht von Mitte Juli bis Mitte/Ende Oktober eine/n Betriebsshelfer/in. Aufgabenbereiche sind Melken, Milchverarbeitung, Futter- und teilweise Ackerbau. Schön wäre das Interesse an Schafen und an der Arbeit in einer kleinen Hofkäserei. Interessenten melden sich bei Silke Poesthorst: ☎ 05436-966727 oder s.poesthorst@gmx.de

● Junge Familie mit landw. Erfahrung sucht Hof zur Weiter- oder Neubewirtschaftung mit Arbeitspferden, eigener Milchverarbeitung und sozialen Projekten mit Jugendlichen. Leibrente o. Kauf. 8-30 ha. Auch sanierungsbed. D/A/CH/I  
☎ 0049 176 23555 737

### Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.  
Burkhard Schirmeister, Sipplingen,  
☎ 07551-63609

● Zimmer frei in Land-WG auf Bauernhof mit Bio-Gärtnerei bei Halle/Saale mit viel Ruhe, Platz, Natur, Steinbruch, [www.amselhof.net](http://www.amselhof.net),  
☎ 034600-25965

● Wer folgt uns nach?  
Wir haben einen kleinen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb aufgebaut, den Sie unter [www.freilandhof-kaltenborn.de](http://www.freilandhof-kaltenborn.de) im Netz besuchen können. Jetzt ist die Zeit gekommen, die Verantwortung für den Hof in neue, junge Hände zu legen. Haben Sie Interesse? ☎ u. Fax: 04871-8419

● Fachwerkhof auf 2.000m<sup>2</sup> Grund in Oberhessen zu verkaufen. Gebäude gut erhalten und vielseitig nutzbar. 4 ha Pachtland, nach EU-Öko-Richtlinien bewirtschaftet (Zupacht möglich).  
☎ 06692-8202

„**Mensch - Macht - Milch**“  
noch bis 8. Juni in Papenburg Fotoausstellung zu EU-Agrarpolitik und bäuerlicher Landwirtschaft in Nord und Süd.  
In der VHS-Papenburg, Hauptkanal rechts 72, 26871 Papenburg, Öffnungszeiten unter [www.vhs-papenburg.de](http://www.vhs-papenburg.de)

### Bauer hält Hof

06. Juni 2012, Hamburg  
19.30 Uhr, Ohlendorffschen Villa, Im alten Dorfe 28, 22359 Hamburg Volksdorf  
9. Juni 2012, Niedersachsen  
9.30 Uhr, Hof Erle, Lange Hecke 1, Klein Lendgen  
16. Juni 2012, Niedersachsen  
13.00 Uhr auf dem Hof von Christoph Meier, Im Krümmel 8, 31700, Kobbensen, Heuerßen  
[www.meine-landwirtschaft.de/hofhalten/hoftermine.html](http://www.meine-landwirtschaft.de/hofhalten/hoftermine.html)

### BTQ Schweinehaltertagung

05. Juni 2012, 97618 Junkershausen  
In Kooperation mit der Anbietergemeinschaft Bioschweine zu den Themen Bioferkel, Eiweißversorgung, Homöopathie.  
Anmeldung bis 1. Juni: Naturlandbetrieb May, ☎ 09762-6218, Fax: -931248, [chmay@gmx.de](mailto:chmay@gmx.de)

### Mit Leitlinien gegen Landraub

06. Juni 2012, Berlin  
Am 11. Mai 2012 wurden die Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern auf internationaler Ebene verabschiedet. Gemeinsam mit ExpertInnen, die aktiv an ihrer Aushandlung teilgenommen haben, möchten wir überlegen, wie die Leitlinien von der Zivilgesellschaft im Norden wie im Süden genutzt werden können und was auch die Bundesregierung tun sollte, um sie mit Leben zu füllen.  
Anmeldung: Frau Alessa Hartmann, ☎ 030- 678 1775 93 oder [hartmann@forumue.de](mailto:hartmann@forumue.de)

### Sicherheitsrisiko Gentechnik

09. Juni 2012, Rostock  
Prof. Susan Bardócz, berichtet von ihren Fütterungsversuchen

von genmanipulierten Kartoffeln an Ratten mit ihrem Mann Árpád Pusztai. Die Veranstaltung wird übersetzt. Susan Bardócz ist Trägerin des Stuttgarter Friedenspreises 2009.  
19:30 Uhr, Audimax der Uni Rostock, Ulmenstraße 69  
Infos: BUND Mecklenburg-Vorpommern, ☎ 0385-52133913

### 6. Bundestreffen der Regionalbewegung

15. und 16. Juni 2012, Jülich-Barmen/NRW

Was ist regional? Was kann regional? wird die zentrale Fragestellung der Veranstaltung sein. Mit zahlreichen Gästen aus Politik, Vereinen und Verbänden, der Wirtschaft und Bürgergesellschaft werden wir spannende Diskussionen hierzu führen.  
Anmeldung bis 1. Juni: Bundesverband der Regionalbewegung e.V. - Zweigstelle - Aktionsbündnis Tag der Regionen, ☎ 05643-949271, Fax: -948803, [hunstig-bockholt@regionalbewegung.de](mailto:hunstig-bockholt@regionalbewegung.de), [www.regionalbewegung.de](http://www.regionalbewegung.de)

### Welche Nahrung wollen wir?

21. Juni 2012, Nürnberg  
Welchen Einfluss hat die Agrarpolitik auf unsere Ernährung? Diskutieren sie an diesem Abend mit dem Europaabgeordneten Wolfgang Kreißl-Dörfler.  
19.30 Uhr im Caritas-Pirckheimer-Haus (Akademie CPH), Königstr. 64, 90402 Nürnberg  
Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung erbeten: [info@cfgl.de](mailto:info@cfgl.de) oder ☎ 0911 2346-141  
Kontakt: Isabella Hirsch, AbL- Franken, ☎ 09852-1846

### Die Junge AbL lädt ein:

Wege in eine zukunftsfähige Landwirtschaft - Existenzgründung und Hofübernahme  
22.- 24. Juni 2012, Roßtal  
Bedeutung junger Bäuerinnen und Bauern für die Ernährungssouveränität, Anna Korzenszky danach Rundgespräch: Junglandwirteförderung der EU und der Länder - wie hilft sie wem? mit Christian Vieth ([hofgruender.de](http://hofgruender.de)),

Moritz Schäfer (Jungbauer, Hessen), Roswitha Kagel (EU-Kommission), Maximilian Wohlgemuth (STMLF Bayern), Fabian Kern (GartenCoop Freiburg).  
Arbeitsgruppen: Inner- und außerfamiliäre Hofübergabe - Rahmenbedingungen, Kopplung der Direktzahlungen an den Faktor Arbeit; Solidarische Landwirtschaft - Neue Vermarktungswege.

Das ganze Programm unter: [www.abl-ev.de/junge-abl](http://www.abl-ev.de/junge-abl)  
Anmeldung bis 15. Juni: Kathrin Lindner, ☎ 0179 8433730,

### Der Zukunft den Hof machen!

22. und 23. Juni 2012, München  
Visionen und Lösungsansätze einer ökosozialen Landwirtschaft mit Exkursionen zu Biobetrieben in der Region, Fachvortrag „Biotonne aus feuchter Biomasse“ von Michael Diestel, Agrokraft GmbH; Einführungsvortrag Prof. Alois Heißenhuber, Ordinarius am Lehrstuhl Wirtschaftslehre des Landbaus TU München; Podiumsdiskussion u. a. mit Benedikt Haerlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft; Anselm Görres, Forum Ökosoziale Marktwirtschaft; MdB Max Lehmer, Landwirt und Bundestagsabgeordneter; Jakob Oppener, Präsident LfL Bayern.  
Wissenschaftszentrum Weihenstephan der TU München, Hörsaal 16, Maximus-von-Imhof-Forum 6, 85354 Freising  
Anmeldung: [oekoak@vzw.tum.de](mailto:oekoak@vzw.tum.de), [www.oekoak-weihenstephan.de](http://www.oekoak-weihenstephan.de)  
Bei frühzeitiger Anmeldung, bieten wir kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten in Uni-Nähe an.  
Kontakt: Öko-Ak Weihenstephan, TU München, Lehrstuhl für Ökologischen Landbau und Pflanzenbausysteme, Alte Akademie 12, 85354 Freising

### Die Permakulturidee

22. bis 24. Juni 2012, Johannishöhe  
Permakultur gibt Grundlagen für die transition-town-Bewegung zur Entwicklung lebenswerter Städte. Im Seminar führen Ulrike Meissner und Judith Barthel in die ethischen Grundlagen ein und macht in praktischen Übungen mit den Gestaltungsprinzipien vertraut.  
[www.johannishoehe.de](http://www.johannishoehe.de), ☎ 035203 37181 (mit AB), [info@johannishoehe.de](mailto:info@johannishoehe.de)

### Sojaanbau auf Indianerland in Argentinien

26. Juni 2012, Triesdorf  
Argentinien hat sich zum weltweit wichtigsten Exporteur von Sojaöl und Sojaschrot entwickelt. Machbar war dies nur mit einer rasanten Flächenausweitung in die Heimat der indigenen Völker. Ana Alvarez, Direktorin von ASOCIANA, berichtet über die Unterstützung und Begleitung von indigenen Gemeinden und ein in der Geschichte der argentinischen Rechtsprechung beispielloses Urteil 2011, das den Staat verpflichtet, sofort mit der Erfassung der Grenzen des Landes von drei indigenen Gemeinden gemäß ihrer traditionellen Nutzung zu beginnen.

20.15 Uhr (genauen Ort bitte noch erfragen) Infos: Isabella Hirsch, AbL- Franken, ☎ 09852-1846; Karin Deraed, Brot für die Welt, ☎ 0911 9354-223, Fax: -34-223, [deraed@diakonie-bayern.de](mailto:deraed@diakonie-bayern.de), [www.brot-fuer-die-welt.de/bayern](http://www.brot-fuer-die-welt.de/bayern)

## GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG  
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Erkelenz, Kassel, Potsdam  
Telefon: 07142 / 77 81-0  
[akquise@wpd.de](mailto:akquise@wpd.de), [www.wpd.de](http://www.wpd.de)



## Vom Acker in den Futtertrog

Das Eiweißfuttermittel-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ der AbL-NRW lädt ein zu folgenden Feldtagen/ Feldbegehungen:

20. Juni 2012 um 19 Uhr  
Demeterhof Gut Körtlinghausen, 59602 Rütten  
Schwerpunkt Ackerbohnen, Lupinen und Kleegras – Besichtigung der Demonstrationsversuche, danach gemütliches Beisammen bei Familie von Bonin

27. Juni 2012 von 10 bis 16 Uhr  
Biolandbetrieb Maaß, 33824 Werther  
Körnerleguminosen & Bodenfruchtbarkeit, Vorträge und Feldbegehung mit Dr. Christian Bruns, Uni Kassel; Elke zu Münster, Brotbüro, Marketingberaterin; Harald Rasch, Marie Engelbrecht (Bioland) & Christoph Dahlmann (AbL)

03. Juli 2012 von 10 bis 12 Uhr  
Betrieb Benedikt Sprenker, 59269 Beckum  
Schwerpunkt Ackerbohnen in Mulchsaat und Soja im konventionellen Landbau

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Weitere Informationen bei Christoph Dahlmann, Tel: 02381-9053170, [dahlmann@abl-ev.de](mailto:dahlmann@abl-ev.de) und unter [www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de](http://www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de)



## „Die Ernte der Heuschrecken – Landgrabbing und die Verantwortung Europas“

20. Juni, 10:00 – 15:00 Uhr  
Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10119 Berlin

### Podiumsveranstaltung

u.a. mit Ana Alvarez, (ASOCIANA, Partnerorganisation von Brot für die Welt aus Argentinien); Stephan Börnecke (Journalist und Autor „Die Ernte der Heuschrecken“); Martin Häusling (MdEP); Carolin Callenius (Brot für die Welt); Maren Kneller (BMZ); Marita Wiggerthale (Oxfam)

Weitere Informationen unter <http://gruenlink.de/8yj>

Anmeldungen bis zum 11.06. an [berlin@martin-haeusling.eu](mailto:berlin@martin-haeusling.eu) oder Tel. 030-2277 0020





Die Junge AbL lädt ein:

## Wege in eine zukunftsfähige Landwirtschaft - Existenzgründung und Hofübernahme

22.- 24. Juni 2012 auf Hof Kernmühle in Roßtal



www.abl-ev.de/junge-abl

junge Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft

In Kooperation mit:



Bundesarbeitsgemeinschaft  
Evangelische Jugend im  
ländlichen Raum

Anmeldung und Kontakt:  
Kathrin Lindner  
0179 8433730  
junge-abl@abl-ev.de



Koordination Mitfahrgelegenheiten:  
Rebecka, re.oellermann@gmx.de

Kosten:  
25 € vor Ort in bar

Tagungsort: Hof Kernmühle, Kernmühle 1,  
90574 Roßtal, Tel.: 09127 57434

Bitte mitbringen: regionales Essen, Schlafsack+Isomatte,  
Bilder, Musik, kreative Ideen

Mit Unterstützung durch:




## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband u. Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de  
**Weser-Ems:** Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

### Hessen

Katharina Besier, 06120 3535, katharina.besier@gmx.de

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de  
**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
**Nord-Württemberg:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
**Bodensee:** Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
**Allgäu:** Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

**Landesverband:** Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654  
**Geschäftsstelle:** Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
**Land an Rott und Inn:** Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de  
**Allgäu:** Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de  
**Oberland:** Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha\_Lindauer@web.de  
**Landschut-Vilstal:** Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667  
**Erding – Ebersberg,** Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

**Landesverband:** Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de  
**Thüringen:** Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft**  
 Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg  
 Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

### Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



## Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Currywurst

Unzählige Fans hat sie: Gina Lollobrigida und Guido Westerwelle, David Copperfield und Norbert Blüm, Richard von Weizsäcker und Boris Becker. Auch bei Normalos liegt sie in der Hitliste der Kantinensessen ganz weit oben: die Currywurst (kurz: „CW“). Bodenständig deutsch rangiert sie vor Spaghetti Bolognese, Pizza, Chicken Nuggets, Bami Goreng, Hühnerfrikassee, Schnitzel oder Rinderroulade. Herbert Grönemeyer hat ihr sogar ein Lied gewidmet: „Gehse inne Stadt / wat macht dich da satt / ne Currywurst // kommse vonne Schicht / wat schönret gibt et nich / als wie Currywurst...“ Seit der CW-Vorliebe von Ex-Kanzler Schröder wird sie auch „Kanzler-Steak“ genannt. Dagegen scheint das Verhältnis von Angela Merkel (Lieblingsgericht: Königsberger Klopse) zur Currywurst eher diffus. „Currywurst ist SPD“ – so dagegen ein aktuelles Plakat der siegreichen NRW-Partei.

Es gibt die Currywurst an Imbissbuden, in Lokalen oder als „Edel-Curry“ mit Blattgoldüberzug in Nobel-Restaurants. Legendär die Volkswagen-Currywurst, von der die werkseigene Fleischerei jährlich mehr herstellt, als Automobile von den Bändern rollen. Verarbeitet werden laut *Gewerkschaftszeitung Metall* nur Schweinebacke, -speck und -bauch „von deutschen Bauern“ (besser gesagt: aus deutschen Ställen). Bei McDonalds gibt es keine Currywurst, das können sie offenbar nicht. Es gibt die Currywurst vegetarisch oder bio, im Stück oder aus dem Wurst-Häcksler, „mit“ (Pommes) oder „ohne“ (also nur mit Weißbrot). Laut Verordnung dürfen in der Currywurst enthalten sein: Fleisch, Speck, Wasser, gemahlene Knorpel und Sehnen, Milcheiweiß, Flüssigei, Gewürze, Geschmacksverstärker, Bindemittel und Konservierungsstoffe. „Curry“ ist ein Oberbegriff für scharfe indische Ge-

würze wie Chili, Kardamon, Nelken, Pfeffer, Ingwer, Kurkuma, Knoblauch, Safran, Koriander, Kümmel, Zimt, Kreuzkümmel, Mohn, Piment, Bockshornklee, Muskat, Paprika, Sternanis, Zwiebeln, Zucker und Olivenöl. Ketchup wird aus Tomatenkonzentrat, Essig, Zuckersirup, Salz, Zwiebelpulver und weiteren Zusatzstoffen gemacht. Mayo („Pommes rot-weiß“) macht man aus Eigelb und Öl. Und Pommes aus Kartoffeln. Ungeahnte Vielfalt also in und an der Currywurst und bei den Absatzmöglichkeiten unterschied-

schüttet hatte. Eine Prostituierte habe dann erst das Rezept nach Berlin verschleppt. Durch sozialwissenschaftliche Studien belegt sind: ein Nord-Süd-Gefälle der Currywurst, ihre Bedrängung durch Hamburger und Döner sowie markante regionale Unterschiede in der Wurst-Zusammensetzung. Gemeinsam scheint allen Essern die Nähe zu einer „proletarischen Esskultur“, frei von Restaurant-Ritualen, verbunden mit einem Sozialgefühl des Ausstiegs aus Kasten-Zwängen und „freiheitlich männlichen“, an steinzeitliches Bra-

ten am Feuer erinnernde Ess-Ritualen. Unübersehbar auch die Nähe zur Fußballszene.

Über den Currywurst-Verzehr durch Bauern gibt es kaum verlässliche Studien. Unsere rudimentäre Stichprobe unter *Bauernstimme*-Lesern ergab folgende Daten, die auch für Landwirte allgemein repräsentativ sein dürften: 82 Prozent hatten in ihrem Leben bereits Currywurst-Erfahrungen, dabei Männer stärker als Frauen (63 Prozent), ca. 30 Prozent können als Currywurst-abhängig gelten, mit Schwerpunkt in der Altersgruppe 40 bis 60 Jahre. Kaum signifikante Unterschiede fanden sich zwischen Acker-, Milch- und Schweinebauern oder zwischen Betriebsgrößen. Für uns überraschend: Das CW-Interesse von männlichen Biolandwirten unterscheidet sich nur graduell von dem ihrer Berufskollegen.



lichster Agrarbranchen. Erfunden haben soll die Currywurst am 9. September 1949 die Berliner Imbissbuden-Besitzerin Herta Heuwer, die das Geheimnis ihrer legendären Soße nicht an interessierte Konzerne verkaufte und es mit ins Grab nahm. Gedacht wird ihrer im Berliner Currywurst-Museum. Dieser Historie steht die Behauptung des Schriftstellers Uwe Timm in seinem Roman „Die Entdeckung der Currywurst“ entgegen, er habe bereits im Jahre 1947 in Hamburg eine Currywurst gegessen. Und zwar am Imbissstand von Lena Brücker, die beim Stolpern zufällig Currygewürz auf den Ketchup ge-

dem ihrer Berufskollegen. Die Currywurst ist auch politisch. So ist sie derzeit – mit Ausnahme der traditionell darmfreien Berliner Currywurst – bedroht durch die Knappheit an iranischen Schafdärmen, hinter der Metzger ein gezieltes Gegen-Embargo der Mullahs vermuten. Und Greenpeace wollte vor einigen Jahren gar ein eigenes Patent auf die Currywurst beantragen – zur Entlarvung der Pläne Monsanto, sich Kulturgüter wie Nahrungsmittel und Saaten patentieren zu lassen. Freiheit und Gentechnik-Freiheit also für die Currywurst – und für alle anderen Speisen! en

## **unabhängige Bauernstimme: Braucht keine Geschmacksverstärker**

06/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
oder Fax 02381 / 492221